

HEIMAT WESTFALEN

Ausgabe 1/2024

A large crowd of people is gathered for a demonstration. In the center, a man holds a sign that reads "Demokratie ist geil!!!". The crowd is diverse in age and appearance, and many are wearing winter clothing. In the background, there are trees and a stage with a speaker.

Demokratie
ist
geil!!!

**HEIMAT BRAUCHT HALTUNG –
ENGAGEMENT FÜR DEMOKRATIE**

3 Editorial

HEIMAT BRAUCHT HALTUNG – ENGAGEMENT FÜR DEMOKRATIE

4 ROLAND ROTH

Demokratiestärkung durch bürgerschaftliches Engagement. Demokratie „unter Druck“ und eine mobilisierte Zivilgesellschaft

MEINE HEIMAT WESTFALEN

15 Wolfgang Breuer

16 KATHARINA MOSENE

Wundertüte Zukunft – Künstliche Intelligenz und demokratische Bildung. Kompetent mit Technologie umgehen lernen

SERVICEBÜRO WHB

22 Bürgerbeteiligung in ländlichen Räumen. Serviceangebote des Netzwerks Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit

24 Modernisierung des Zuwendungsrechts in NRW. Überarbeitete Richtlinien zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement

26 WHB stellt Mustersatzung für Mitgliedsvereine zur Verfügung

28 Finanzämter in NRW benennen feste Ansprechpersonen für gemeinnützige Vereine

30 Zuwendungsempfängerregister zum 1. Januar 2024 gestartet

31 „Handreichung Gedenkinitiativen“ des LWL-Museumsamtes für Westfalen veröffentlicht

NEUE MITGLIEDER IM WHB

32 Bürgerhaus Porta Westfalica e. V.

LÄUFT BEI UNS...!

33 Vereinstipp zur Mitgliedergewinnung

WHB-PROJEKTE

34 Nachhaltig engagiert für Westfalen. Veranstaltungsreihe von Westfälischem Heimatbund und Konrad-Adenauer-Stiftung

36 „Das sprechende Denkmal“ – Podcasts erwecken westfälische Baudenkmäler zum Leben. WHB und WestLotto geben baukulturellen Zeugnissen eine Stimme

38 Neue WHB-Publikationen: *Westfälische Kunststätten* – Herz-Jesu-Kirche in Dorsten-Deuten und Altes Zollhaus in Sassenberg

40 Forschungs- und Vermittlungsprojekt rund um die Historie des WHB

41 67. Westfalentag in Siegen – Heimat braucht Haltung

WHB-SEMINARE

42 Westfalen-Akademie

WANDERN IM MÜNSTERLAND

43 Praxisseminar „Barrierefreies Naturerleben und Wandern“ am 18. April 2024

ENGAGIERT VOR ORT

44 Heimatmacher-Praxisbeispiele aus Ihrer Arbeit

NACHRICHTEN UND NOTIZEN

49 Mal- und Bastelwettbewerb 2023/2024 des nordrhein-westfälischen Landtags. Grundschulklassen befassen sich mit „Heimat“

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

50 Stiftung Mitarbeit bietet unbürokratische Anschubfinanzierung. „Starthilfe“ für neue Vereine, Initiativen und Organisationen

51 Projekt „100 Köpfe der Demokratie“ für Geschichtsvermittlung und Demokratiebildung

52 NRW-Landesinitiative Europa-Schecks gestartet – Förderung lebendiger Demokratie

53 Aktionsgruppenprogramm (AGP). Auch 2024 bis zu 2.000 Euro für entwicklungspolitische Bildungsarbeit

NEUERSCHEINUNGEN

54 Jugendbeteiligung vor Ort. Selbstwirksamkeit und Empowerment junger Menschen

54 Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch

HEIMAT WESTFALEN ISSN 2569-2178 / 37. Jahrgang, Ausgabe 1/2024

Herausgeber: Westfälischer Heimatbund e. V. · Kaiser-Wilhelm-Ring 3 · 48145 Münster.

Vorstand im Sinne des § 26 BGB: Dr. Georg Lunemann (Vorsitzender),

Birgit Haberhauer-Kuschel (stellvertr. Vorsitzende)

Vereinsregister des Amtsgerichts Münster, Nr. 1540 · Steuer-Nr.: 337/5988/0798

Telefon: 0251 203810-0 · Fax: 0251 203810-29

E-Mail: whb@whb.nrw · Internet: www.whb.nrw

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Dr. Silke Eilers

Schrift- und Anzeigenleitung: Dr. Silke Eilers

Redaktion: Dr. Silke Eilers, Frauke Hoffschulte, Sina Jeurink, Sarah Pfeil, Astrid Weber

Layout: Gaby Bonn, Münster

Druck: Druck & Verlag Kettler GmbH · Robert-Bosch-Straße 14 · 59199 Bönen

Für namentlich gezeichnete Beiträge sind die Verfasser persönlich verantwortlich.

Diese Zeitschrift erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober, Dezember.

Titelbild: Berlin, 3. Februar 2024: Demonstranten mit Schild „Demokratie ist geil“

bei der Kundgebung und Demonstration vom Bündnis #ZusammenGegenRechts unter dem Motto „Hand in Hand: Wir Sind Die Brandmauer“, dem sich inzwischen über 160 Organisationen und Institutionen bundesweit angeschlossen haben.

Foto/ Stefan Boness/IPON/Süddeutsche Zeitung Photo

Gefördert von:

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.



EDITORIAL

liebe Leserinnen und Leser,

In den letzten Wochen erleben wir einen großen Zulauf bei Demonstrationen für die Demokratie. Hunderttausende gehen auf die Straßen. Der Wunsch, öffentlich Position zu beziehen für die freiheitliche demokratische Grundordnung, Toleranz und Vielfalt eint zahlreiche Bürgerinnen und Bürger. Eine starke Zivilgesellschaft gehört zu den konstitutiven Elementen unserer Demokratie.

Wünschenswert wäre es, wenn diese neue Dynamik auch im Alltag ankommen würde, sich verstärkt in gelebter Zivilcourage und in Engagement an Orten des öffentlichen differenzierten Diskurses, wie etwa in Vereinen und Verbänden, Bürgerinitiativen, aber auch Parteien und Gewerkschaften verstetigen würde. Demokratie benötigt mündige Bürgerinnen und Bürger.

Gerade bürgerschaftliches Engagement für Heimat ist ein Stück gelebte Demokratie, werden doch hier Solidarität, Gemeinsinn und Teilhabe großgeschrieben. Im Ehrenamt können Menschen Selbstwirksamkeit erfahren, indem sie aus eigenem Antrieb Verantwortung übernehmen, ihr Umfeld aktiv mitgestalten und verändern. In einer Zeit, in welcher wir in Teilen der Gesellschaft ein schwindendes Vertrauen in politische Institutionen und Demokratie erleben, ist es umso relevanter, bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Zugleich ist es auch notwendig, Haltung zu zeigen für Heimat – eine Heimat, die sich durch ein gutes Miteinander in einer offenen, pluralen Gesellschaft auszeichnet. Der WHB setzt deshalb in diesem Jahr bewusst ein Zeichen mit einem Schwerpunkt zur Demokratiestärkung – auch mit dem 67. Westfalentag „Heimat braucht Haltung – Engagement für Zusammenhalt und Demokratie“ am 25. Mai in Siegen.

Die erste Ausgabe des WHB-Magazins *Heimat Westfalen* bietet zum Auftakt einen Einstieg in das Thema Engagement für Demokratie. Politik- und Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Roland Roth beschäftigt sich in einem einführenden Artikel mit der Rolle einer mobilisierten Zivilgesellschaft in einer Demokratie „unter Druck“. Mit dem zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) und der notwendigen Medienkompetenz setzt sich Katharina Mosene vom Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI) auseinander.

Auch auf den Serviceseiten widmen wir uns mit der Vorstellung unterschiedlicher Förderprogramme und Vernetzungsmöglichkeiten dem Thema Bürgerbeteiligung und Demokratiebildung. Anlässlich des Jubiläums 1.250 Jahre Westfalen im kommenden Jahr befassen wir uns im Rahmen einer Förderung durch die LWL-Kulturstiftung in einem Forschungs- und Vermittlungsprojekt mit der Geschichte des Westfälischen Heimatbundes und des Heimatmachens in Westfalen seit Gründung des Verbandes. Darüber hinaus finden Sie unter anderem Informationen zur überarbeiteten Mustersatzung für Mitgliedsvereine, zum Zuwendungsempfängerregister und zu den neuen Ansprechpersonen bei den Finanzämtern für gemeinnützige Vereine.

Herzliche Grüße

Ihre Dr. Silke Eilers
Geschäftsführerin des WHB



Foto/ Greta Schüttemeyer



Berlin, 3. Februar 2024: Demonstranten bei der Kundgebung und Demonstration vom Bündnis #ZusammenGegenRechts unter dem Motto „Hand in Hand: Wir Sind Die Brandmauer“, dem sich inzwischen über 160 Organisationen und Institutionen bundesweit angeschlossen haben.

Foto/ picture alliance/dpa | Kay Nietfeld

DEMOKRATIESTÄRKUNG DURCH BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

DEMOKRATIE „UNTER DRUCK“ UND EINE MOBILISIERTE ZIVILGESELLSCHAFT

VON ROLAND ROTH

Wer heute von Demokratie redet, kann von ihren Krisen nicht schweigen. Für kurze Zeit schien es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, der deutschen Wiedervereinigung 1990 und dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges so, als stünde der weltweiten Ausbreitung von Demokratie und Menschenrechten nun nichts mehr im Wege.

Das Ende lateinamerikanischer Militärdiktaturen und demokratische Aufbrüche im arabischen Raum (der sogenannte Arabische Frühling ab dem Winter 2010/2011)

verstärkten – neben zahlreichen Demokratiebewegungen in vielen Ländern der Welt – diese Hoffnung.

Wenige Jahrzehnte später hat sich die Szenerie radikal verändert. Demokratische Regressionen und Zerfallsprozesse dominieren das internationale Geschehen. Die Zahl der als halbwegs demokratisch geltenden Länder schrumpft. In den westlichen Demokratien macht sich ein antidemokratischer Rechtspopulismus breit, der immer häufiger – zumindest zeitweise – die Regie-

Hamburg-Bergedorf im Februar 2022: Gegendemonstrantinnen und -demonstranten zu einer sogenannten Querdenker-Demo, die gegen die teilnehmenden Akteure aus dem Umfeld der extremen Rechten protestieren

Foto/ Jannis Große/
Süddeutsche Zeitung Photo



rungsmacht erringen kann. Wenn heute von einer „Zeitenwende“ die Rede ist, dann geht es nicht mehr um einen hoffnungsvollen Aufbruch, sondern um Widerstand gegen reaktionäre Bestrebungen und die Verteidigung demokratischer und menschenrechtlicher Errungenschaften.

Die Ursachen für diese Demokratie „unter Druck“ sind vielfältig. Dazu gehören wachsende soziale Ungleichheiten, ökonomische Krisen und Transformationen, die Ausbreitung von Pandemien und die heraufziehende Klimakatastrophe.

Globale Vielfachkrisen verstärken Zweifel an den Sicherheitsversprechen und der politischen Handlungsfähigkeit gerade auch der demokratisch regierten Staaten. Autoritäre Führerschaft und nationale Abschottung werden für manche Menschen zu aussichtsreichen Alternativen. Vergessen schienen die zivilgesellschaftlichen Aufbrüche in den letzten Jahrzehnten und die weltweiten Experimente mit erweiterten Formen der politischen Partizipation.

Daher kamen die beeindruckenden Proteste gegen Rechtsextremismus und für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft zu Beginn des Jahres völlig unerwartet. Seit dem 12. Januar 2024 waren in Deutschland innerhalb von drei Wochen auf rund 650 lokalen Demonstrationen mehr als zwei Millionen Menschen auf den Straßen. Ob und mit welchen Resultaten diese Mobilisierungen weitergehen, ist Anfang Februar offen.

Sie machen aber deutlich, dass wir es heute mit einer weitgehend demokratisch gestimmten Zivilgesellschaft

„Repräsentative Demokratieformen haben ihren Alleinvertretungsanspruch schon seit längerer Zeit verloren.“

zu tun haben. Sie ist der Hoffnungsträger für eine partizipative Stärkung und Vitalisierung der Demokratie. Ohne sie wird es, so darf vermutet werden, keine freiheitlichen und menschenrechtskonformen Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit geben.

HANDLUNGSBEREICHE VIELFÄLTIGER DEMOKRATIE

So bedeutsam Demokratieskepsis, autoritäre Tendenzen und andere Herausforderungen für die demokratische Kultur Deutschlands auch sind, sie treffen auf eine aktive Bürgerschaft und eine vielfältige demokratische Praxis, die entwickelt und gestärkt werden kann. Dabei lassen sich heute sechs Handlungsbereiche einer vielfältig gewordenen Demokratie unterscheiden:

REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE

Nach wie vor stehen die Formen repräsentativer Demokratie im Zentrum politischen Handelns. Volkssouveränität wird im Grundgesetz wesentlich als

Zusammenspiel von Wahlen, Parlamenten und politischen Parteien auf allen föderalen Ebenen gefasst. Zu diesem repräsentativen Gefüge gehört in Deutschland traditionell ein System mitgliederstarker intermediärer Interessenorganisationen. Aber diese repräsentativen Demokratieformen haben ihren Alleinvertretungsanspruch schon seit längerer Zeit verloren.

DIREKTDEMOKRATISCHER BEREICH

Ein wachsender direktdemokratischer Bereich mit Bürgerbegehren, Bürgerentscheiden und Volksabstimmungen ist in den Kommunen und Ländern hinzugekommen. Versuche, Volksentscheide auch auf Bundesebene zu etablieren, waren bislang nicht erfolgreich. Abstimmungen und Sachentscheide spielen auch bei Bürgerhaushalten und Bürgerfonds eine Rolle. Heute sorgen in vielen Politikfeldern und auf allen föderalen Ebenen Fonds und Budgets dafür, dass Menschen die Erfahrung machen können, selbst etwas – ohne parlamentarische Vermittlung und Repräsentation – direkt entscheiden zu können.

KONSULTATIVE BETEILIGUNG VON BÜRGERN

Ein dritter Demokratiebereich hat in den letzten Jahren erheblich zugelegt. Die konsultative Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist vor allem auf kommunaler Ebene gefragt. Dabei geht es in der Regel um die Expertise der Bürgerschaft für die eigenen Lebensumstände. Bürgerräte sind aktuell auf allen politischen Ebenen ein bevorzugtes Format. Diese Beteiligung ist dialogisch beziehungsweise deliberativ angelegt und kann verbindliche Entscheidungen

„Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten als freiwillige Vereinigungen die Möglichkeit zur eigenen Wirksamkeit, fördern Dialoge, Verständigungsbereitschaft, Rationalität und Kompromissfähigkeit.“

in Parlamenten nur beratend vorbereiten. Aber stets schwingt auch die Erwartung mit, gehört zu werden. Wo dies geschieht, ist mit besseren, weniger kostspieligen und breiter akzeptierten Entscheidungen zu rechnen.

PROTESTE, BÜRGERINITIATIVEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Wo Bürgerbeteiligung vernachlässigt oder nur symbolisch eingesetzt wird, ist verstärkt mit Protesten, Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen zu rechnen. Längst ist dieser Bewegungssektor zu einem eigenen Bereich demokratischen Handelns geworden. Seit einigen Jahrzehnten engagieren sich hier regelmäßig mehr Menschen als im Bereich repräsentativer Politik – von der Beteiligung an Wahlen einmal abgesehen. Die eigene Meinung gelegentlich auf Demonstrationen zum Ausdruck zu bringen, gehört heute für viele Menschen zu ihrem normalen Handlungsrepertoire.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Ähnlichen Zuspruch erfährt auch das bürgerschaftliche Engagement im engeren Sinne. Nahezu vierzig Prozent der über 14-Jährigen engagieren sich freiwillig oder ehrenamtlich. Vereine, Bürgerstiftungen und Verbände bieten dafür einen organisatorischen Rahmen, aber es wächst auch das spontane und ungebundene Engagement. Gemeinsam ist diesem bunten Spektrum freiwillig Engagierter zumeist, dass sie im Kleinen etwas gestalten wollen und damit das Gemeinwesen prägen.

DEMOKRATISCHE MITGESTALTUNG

Längst haben sich auch viele Institutionen des Alltags für demokratische Mitgestaltung geöffnet. Dies beginnt in den Familien, die überwiegend zu „Verhandlungsfamilien“ geworden sind, in denen alle Mitglieder – auch die Kinder – etwas zu sagen haben und mitentscheiden können. Dass Kinder und Eltern etwas mitgestalten können, ist zu einem Qualitätsmerkmal von Kitas geworden. Die Schulgesetze der Länder betonen zunehmend die Bedeutung einer demokratischen Schulkultur. Heute gibt es kaum einen Lebensbereich, der sich dieser Forderung nach Alltagsdemokratie gänzlich entziehen kann.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Auch wenn alle Bereiche der vielfältigen Demokratie auf eine engagierte Bürgerschaft angewiesen sind (zum Beispiel ohne aktive Parteimitglieder oder ehrenamtliche Gemeinderäte keine repräsentative Demokratie), konzentriere ich mich nachfolgend auf zwei Handlungsfelder, für die zivilgesellschaftliches Engagement zentral ist.

Demokratieförderung und -stärkung kommt nicht ohne bürgerschaftliches Engagement aus, eine Überzeugung, die seit der Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ breite Unterstützung findet.

Die organisierte Zivilgesellschaft kann Demokratie in mehreren Dimensionen ermöglichen und stärken:

ERFAHRUNG VON INTERESSENVIELFALT UND GEWALTFREIER INTERESSENAUSGLEICH

Dies gilt zunächst für die Einübung in Zivilität als eine demokratische Basiskompetenz. Dabei geht es um die Erfahrung von Interessenvielfalt und eines gewaltfreien Interessenausgleichs in und zwischen freiwilligen, selbstgewählten Gemeinschaften. Wenn mir etwas nicht passt, kann ich austreten oder versuchen die Organisation so zu verändern, dass ich mich wohlfühle. Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten als freiwillige Vereinigungen die Möglichkeit zur eigenen Wirksamkeit, fördern Dialoge, Verständigungsbereitschaft, Rationalität und Kompromissfähigkeit.

Die Chance, solche demokratischen Haltungen einzuüben, ist nicht zuletzt von der Verfassung der zivilgesellschaftlichen Organisationen abhängig. Die Vereinsform zum Beispiel bietet das rechtliche Fundament für eine gleichberechtigte Mitsprache aller Mitglieder und eine verantwortliche Vereinsführung. Ob sie als solche auch genutzt und erfahren wird, ist eine offene Frage. Es muss stets mit antidemokratischen Haltungen, exklusiven Initiativen und autoritären Organisationen gerechnet werden. Zivilgesellschaften sind dann stark, wenn sie innerhalb und zwischen ihren Vereinigungen zur demokratischen Selbstkorrektur in der Lage sind.



THEMENSCHWERPUNKT

Der Ehrliche ist der Kluge

Korruptionsprävention in Unternehmen



Warum wir eine Whistleblowingkultur brauchen
Seite 6

Prävention durch Daten: Hat der Mensch ausgedient?
Seite 9

Moralische Verletzungen – eine Compliance-Perspektive
Seite 10

Titelblatt des 101. „Scheinwerfer“: Die Ausgabe blickt auf verschiedene Aspekte der Korruptionsprävention in Unternehmen. Die vier Mal jährlich erscheinende Publikation von Transparency International Deutschland e. V. ist auch digital verfügbar.

Grafik/ Transparency International Deutschland e. V. (abgerufen am: 14. Februar unter: www.transparency.de/fileadmin/_processed_/2/7/csm_SW-101_Cover_75cce9029e.png)

SYSTEM DER POLITISCHEN INTERESSENVERMITTLUNG

Demokratische Politik kommt ohne ein zivilgesellschaftliches Fundament nicht aus. In der deutschen Tradition gibt es ein breit gefächertes System der politischen Interessenvermittlung (Parteien, Verbände, Vereine, Formen anwaltschaftlicher Selbstorganisation, Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen und Proteste).

Im Idealfall trägt und prägt die Zivilgesellschaft demokratische Politik, indem sie für Interessenartikulation, Resonanz, Verantwortlichkeit und Rechenschaftslegung der Regierenden Sorge trägt.



Das Titelbild des Jahresberichtes 2021/2022 von LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie e. V.: 2020/21 reihten sich Lobbykandale beispiellos aneinander. Doch das Lobbyregister ist eine Errungenschaft, für die sich die Organisation lange eingesetzt hat.

Grafik/ LobbyControl (abgerufen am: 14. Februar 2024 unter: www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/LobbyControl-Jahresbericht_21-22-220701-web.pdf)

Ein wichtiger politischer Impuls geht in jüngerer Zeit von den zahlreichen Themenanwältinnen und -anwälten aus, die in Form von Nichtregierungsorganisationen den politischen Raum bevölkern. Sie tragen erheblich dazu bei, dass Regierungshandeln einer öffentlichen

„Die ‚heilende‘ Wirkung von organisierten Kontakt- und Dialoggelegenheiten, sei es beim Essen, Singen oder im Sport, ist gut belegt und kann zur Stärkung einer partizipativen Kultur beitragen.“

Kontrolle ausgesetzt wird und Fehlentwicklungen in der Zivilgesellschaft korrigiert werden (Beispiele sind Transparency International e. V., Lobbycontrol – Initiative für Transparenz und Demokratie e. V. oder zahlreiche Anti-Diskriminierungsinitiativen).

Bürgerschaftliches Engagement stellt oft selbst eine Form der politischen Beteiligung dar, denn es geht meist darum, „im Kleinen etwas zu gestalten“. Hier ist der Kern jeder demokratischen Politik berührt, die auf politische Gleichheit setzt. Die Möglichkeit, etwas zu gestalten, darf kein Privileg sein. Dies bedeutet, dass jede und jeder die Gelegenheit und die dafür notwendigen Ressourcen (zum Beispiel Zeit, Bildung, materielle Sicherheit) für bürgerschaftliches Engagement haben sollte.

POLITISCHE GESTALTUNGSKRAFT DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS

Deutlich ist die politische Gestaltungskraft des freiwilligen Engagements zum Beispiel in der Flüchtlings- und Integrationspolitik geworden. Im Kontext der verstärkten Zuwanderung von Geflüchteten hatten sich 2015/2016 vielfältige lokale Initiativen gebildet, die sich um die Zugewanderten kümmerten. Der Fünfte Deutsche Freiwilligensurvey (FWS 2019) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend macht deutlich, dass dieses krisenbedingte Engagement zu einem neuen, mit acht Prozent sogar mittelgroßen Engagementbereich geführt hat. Die breite zivilgesellschaftliche Solidarität mit den Flüchtenden nach dem russischen Überfall auf die Ukraine im März 2022 bestätigt diese Einschätzung.

SPONTANE SOLIDARITÄTSPOTENTIALE

Solidaritätspotentiale werden auch bei anderen Themen und Gelegenheiten sichtbar. Bei Herausforderungen, wie bei extremen Wetterereignissen („Jahrhunderthochwasser“) oder der COVID-19-Pandemie engagieren sich spontan auch Menschen, die bisher keinen Anlass oder keine Gelegenheit für sich gesehen haben. Nachbarschaften werden wiederbelebt. Aber

viele tun dies nicht nur aus geselligen, beruflichen oder gemeinschaftlichen Motiven im Nahbereich, denn das Engagement für Flüchtlinge setzt Empathie und Verständnis für „Fremde“, das heißt für Menschen aus fernen Kulturen und Ländern voraus.

ENGAGEMENT FÜR DEMOKRATIE

Ausgabe von Lebensmittelspenden, Tafel Cottbus e. V.

Foto/ Monique Wüstenhagen |
Tafel Deutschland e. V.

Auf den ersten Blick scheint bürgerschaftliches Engagement in Deutschland eine sichere Bank. Die Engagementquote ist vergleichsweise hoch (je nach Studie liegt sie bei 33 Prozent bis knapp 40 Prozent) und relativ stabil. Die Engagementquoten von Männern (40,2 Prozent) und Frauen (39,2 Prozent) haben sich soweit angeglichen, dass „im Jahr 2019 erstmals kein statistisch signifikanter Unterschied“ (Simonson u. a. 2022, S. 2) festgestellt werden konnte. Auch die Unterschiede in der Engagementbeteiligung zwischen Ost- und Westdeutschland sind kleiner geworden und betragen nur noch 3,4 Prozent. Betrachtet man einzelne Bundesländer dann besteht weiterhin ein beachtliches Gefälle. So hat Baden-Württemberg eine überdurchschnittliche Engagementquote von 46,1 Prozent, während Sachsen mit 34,9 Prozent das Schlusslicht bildet. Von den ostdeutschen Bundesländern liegt lediglich Thüringen mit 40,8 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 39,7 Prozent. Eine deutliche Differenz gibt es nach wie vor bei der Mitgliedschaft in Vereinen. Die Angaben für die Bundesländer reichen von 47,3 Prozent für Bayern bis 32 Prozent für Sachsen bei einem bundesweiten Durchschnitt von 41,1 Prozent. Aber die demokratischen Herausforderungen sind größer geworden:

UNGLEICHHEIT IM ENGAGEMENT WÄCHST

Die Ungleichheit im Engagement wird nicht kleiner, sondern sie wächst. Aktuell engagieren sich anteilig doppelt so viele Menschen mit hoher Bildung (Engagementquote 51,1 Prozent) wie Menschen mit niedriger Bildung (26,3 Prozent). Einen ähnlichen Effekt haben die Einkommensverhältnisse. Mit den Bildungschancen werden – so scheint es – auch die Engagementchancen „vererbt“.



ENGAGEMENT ALS LÜCKENFÜLLER

Trotz gegenteiliger Bekenntnisse ist Engagement verstärkt zum Lückenbüßer geworden, weil sich der Staat aus der politischen Verantwortung stiehlt. Das zeigen zum Beispiel die mehr als 970 Tafeln in Deutschland. Ihr Motto „Lebensmittel retten. Menschen helfen“ ist ebenso ehrenwert wie das breite Engagement in diesen lokalen Initiativen, die sich gemeinsam mit anderen Verbänden und Gruppen zudem für eine angemessene staatliche Unterstützung von armen Menschen einsetzen. Vergessen wird beim Lob der Tafeln in der Regel zweierlei:

NEUE KLASSE VON BEDÜRFTIGEN

Zum einen ist der Aufstieg der Tafeln in Deutschland eng mit den Folgen der 2002 eingeführten Hartz-Gesetzgebung für die Reformierung der staatlichen Arbeitsvermittlung verbunden. Sie hat eine neue Klasse von Bedürftigen hervorgebracht, die seither zum „Kundenstamm“ der Tafeln gehören. Zum anderen hat sich die Bundesrepublik Deutschland in mehreren völkerrechtlichen Verträgen zur Garantie der Ernährungssicherheit verpflichtet. Die Überantwortung dieser staatlichen Garantie an weitgehend private Wohltätigkeit macht Bürgerinnen und Bürger zu Almosenempfangenden.

KLUFT IN DER DEMOKRAZUFRIEDENHEIT ZWISCHEN OST UND WEST

Auch die Angleichung der Engagementquoten zwischen Ost und West hat keine entsprechende Entwicklung in der politischen Kultur bewirkt. Die Kluft in der Demokratiezufriedenheit ist gewachsen. Bei den 2024 anstehenden Landtagswahlen in drei neuen Bundesländern droht die AfD zur stärksten Partei zu werden. Den beobachteten zivilgesellschaftlichen Angleichungen von Ost und West steht somit ein Auseinanderdriften der politischen Kultur gegenüber.

POLITISIERUNG DES ENGAGEMENTS

Die Zahl der Streitthemen scheint zu wachsen und hinterlässt neue politische Konfliktlinien in der Zivilgesellschaft, wie zuletzt das Beispiel Pandemiepolitik

„Für die demokratische Qualität und Belastbarkeit institutioneller Politik dürfte diese Alltagsdemokratie von großer, weithin unterschätzter Bedeutung sein. Sie ist im Prinzip in allen gesellschaftlichen Institutionen möglich, nicht zuletzt auch am Arbeitsplatz.“

zeigt hat. Diese Politisierung des Engagements hat in manchen Regionen zur Verfeindung und Polarisierung in der Zivilgesellschaft beigetragen. Gefordert ist deshalb die Stärkung einer partizipativen Kultur innerhalb der Zivilgesellschaft durch die Unterstützung von Initiativen, die auf demokratische Normen und Inklusion, auf Zivilität und Dialogfähigkeit setzen. Dabei können Krisendialoge und Nachbarschaftsgespräche helfen.

Beim Thema Corona und den „Querdenken“-Protesten geht es nicht um Neuzugewanderte, sondern um eine Integrationspolitik für verstörte, verfeindete Einheimische in einer in Teilen vergifteten Zivilgesellschaft. Die „heilende“ Wirkung von organisierten Kontakt- und Dialoggelegenheiten, sei es beim Essen, Singen oder im Sport, ist gut belegt und kann zur Stärkung einer partizipativen Kultur beitragen.

ALLTAGSDEMOKRATIE

Es gehört zu den gut begründeten Annahmen über die Stabilität und Stärke von Demokratien, dass sie durch eine demokratische Alltagskultur getragen werden. Im Prinzip sind alle Lebensorte für Formen demokratischer Mitgestaltung offen, und es gibt kaum eine Institution, wo dies nicht versucht wurde beziehungsweise praktiziert wird.

PRÄGUNG DURCH MACHT UND HERRSCHAFT

Gleichwohl können wir davon ausgehen, dass auch unser Alltag in repräsentativen Demokratien noch immer von Macht und Herrschaft geprägt ist. Die machtgeprägte Formel „Der Wille des Einen ist das Tun des Anderen“ bestimmt in ihren vielfältigen Ausprägungen unser Handeln in Familien, Schulen, Universitäten, Büros und Fabriken. Die Chance, den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, so die klassische Machtdefinition des Soziologen Max Weber, kann sich auf vielfältige Quellen stützen, seien es nun formale Weisungsbefugnisse in Organisationen, Formen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, Expertinnen- und Expertenwissen, das sich als alternativlos präsentieren kann, oder auch die Bereitschaft, physische Überlegenheit und Gewalt einzusetzen.

Autoritative Machtausübung und demokratische Mitgestaltung bilden dabei nur die Extrempole. Oft geht es heute in vielen Lebensbereichen um ein Mehr oder Weniger, um graduelle Abstufungen.

FORMEN DER UNGLEICHHEIT UND DISKRIMINIERUNG

Hinzu kommen vielfältige Formen der Ungleichheit und Diskriminierung, von geschlechtsspezifischen Abwertungen und Ausgrenzungen über einen Adultismus, der Rechte junger Menschen ignoriert, bis hin zu den zahlreichen aktuellen Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Fremdenfeind-



Mehrere Hundert DDR-Bürgerinnen und -Bürger demonstrierten bei der ersten Montagsdemonstration am Abend des 4. September 1989 in der Innenstadt von Leipzig für Reisefreiheit und Reformen.

Foto/ Wolfgang Kumm © picture-alliance

lichkeit, Antisemitismus, Homophobie et cetera), die auch das Alltagsleben imprägnieren.

Alltagsdemokratie und Beteiligungskultur in Institutionen und Sozialräumen heißt mehr Raum für Mitbestimmung und Mitgestaltung zu schaffen. Aus dem gemeinsamen Willen soll gemeinsames Handeln erwachsen. Dies ist das Ziel einer sich entwickelnden Beteiligungskultur in öffentlichen Einrichtungen und Stiftungen, aber auch in Unternehmen. Wenn Demokratie als Lebensweise verstanden wird, ist es naheliegend, prägende Orte des Alltagslebens für die Gestaltungswünsche der Nutzenden, Bewohnerinnen und Bewohner und Beschäftigten zu öffnen.

Eltern sorgen dafür, dass ihre Kinder etwas mitgestalten und mitentscheiden können. Heute sind solche „Verhandlungsfamilien“ in der Mehrheit. Der graduelle Charakter dieser demokratischen Öffnung wird deutlich, wenn die Themen näher bestimmt werden, die für die Mitgestaltung der Kinder geöffnet werden. Das in den 1950er-Jahren noch prägende Motto autoritärer Familienstrukturen „Solange Du Deine Füße unter

meinen Tisch stellst, machst Du was ich sage!“ scheint jedoch weitgehend ausgedient zu haben.

Vorschulkinder werden heute befragt, wenn es um das Zusammenleben in ihren Kitas geht und sie bewerten die Qualität ihrer Kita. Stiftungen richten Kinderbeiräte ein, wenn sie sich in ihren Programmen und Projekten an die nachwachsende Generation richten. Staatliche Programme und kommunale Einrichtungen werden zunehmend mit Beteiligung geplant und verwirklicht. Das gilt zum Beispiel für Kinderrechte-Schulen, Beiräte in Jugendeinrichtungen, Quartiersräte in Gebieten der sozialen Stadt oder Heimbeiräte in Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Für die demokratische Qualität und Belastbarkeit institutioneller Politik dürfte diese Alltagsdemokratie von großer, weithin unterschätzter Bedeutung sein. Sie ist im Prinzip in allen gesellschaftlichen Institutionen möglich, nicht zuletzt auch am Arbeitsplatz. In Kitas zeigt sich, dass ein Mehr an Beteiligung zu einem Qualitätsmerkmal von Einrichtungen werden



„Suche Frieden!“ – Motto des 101. Katholikentages 2018 in Münster

Foto/ Sören Pinsdorf © LWL-Medienzentrum für Westfalen

kann. Zudem steigert die partizipative Ausgestaltung von Alltagsinstitutionen in der Regel das Wohlbefinden aller Beteiligten. Indem Alltagsdemokratie die Erfahrung ermöglicht, selbst etwas im Kleinen gestalten und Verantwortung für sich und andere übernehmen zu können, werden zentrale demokratische Haltungen eingeübt, die auch den Umgang mit institutioneller Politik positiv beeinflussen können.

Die Entwicklung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen in Institutionen entlang des Lebenslaufs sind ein wichtiger Beitrag zur Demokratieentwicklung, der in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Langfristig werden im Alltag wichtige Grundlagen für demokratische Einstellungen und Verhaltensweisen geschaffen und immer wieder erneuert. Dazu können bewährte Programme wie die „Eltern-AG“, die demokratische Erziehungsstile fördert, die „Kinderstube der Demokratie“ und „Mitentscheiden und Mithandeln in der Kita“ oder „Schule ohne Rassismus

„Politische Verbote helfen wenig, die Förderung demokratischen Engagements ist aussichtsreicher. Es will gelernt sein – und zwar immer wieder und immer wieder neu. Demokratisches Engagement ist stets anspruchsvoll, denn es setzt voraus, dass man sich über die eigenen Interessen, aber auch die der anderen verständigt und nach einem Interessenausgleich sucht.“

– Schule mit Courage“ erheblich beitragen. An Programmen und Konzepten, die Alltagsinstitutionen demokratisch fit machen wollen, herrscht kein Mangel.

Über den Stand der Umsetzung wissen wir dagegen weniger. Es gilt, solche Initiativen für einen demokratischen Alltag – wo es sie noch nicht gibt – vor Ort be-

kannt zu machen und zu unterstützen. Der WHB e. V. etwa stellt regelmäßig nachahmenswerte Beispiele solcher Projekte im Rahmen seiner Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit den Mitgliedern vor.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE FÖRDERUNG DEMOKRATISCHEN ENGAGEMENTS

Die skizzierten Elemente einer vielfältigen Demokratie sind in unterschiedlicher Qualität, Häufigkeit und Ausprägung im politischen Alltag Deutschlands präsent. Das bloße Nebeneinander zivilgesellschaftlicher Engagementformen bietet jedoch noch keinen demokratischen Gegenentwurf zu autoritären Formierungen.

Vielfältige Demokratie wird nur zur politischen Alternative, wenn die individuellen und institutionellen Voraussetzungen für ein produktives Zusammenspiel geschaffen beziehungsweise verbessert werden. Das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen demokratischen Formen darf nicht „kannibalisierend“ sein. Sie dürfen sich – bei aller Kritik und Korrektur im Detail – nicht wechselseitig beschädigen.

Dies ist jedoch keineswegs selbstverständlich.

PARLAMENTARISCHE REPRÄSENTATION SOLL UNTERMINIERT WERDEN

Rechtspopulistische Akteure fremdeln mit dem „System“ repräsentativer Demokratie, dem sie nicht zu-

letzt ihren Aufstieg verdanken, und bringen stattdessen Volksabstimmungen als „wahre“ Form der Demokratie ins Spiel. Sie tun dies sichtbar mit dem Ziel, parlamentarische Repräsentati-

on insgesamt madig zu machen. Dialogorientierte und beratende Innovationen werden gerne mit dem Gestus präsentiert, die ideale Lösung für demokratische Herausforderungen zu bieten. Aktuelles Beispiel sind die überbordenden Erwartungen an Bürgerräte, die durch Zufallsauswahl repräsentativer zusammengesetzt sein können als Parlamente. Nebenbei sollen sie auch noch

ENGAGEMENT FÜR DEMOKRATIE

Deutschlandweit sind im Januar 2024 Zehntausende Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße gegangen. Rund 17.000 Demonstrierende waren es nach Angaben der Polizei allein im hessischen Darmstadt.

Foto/ picture alliance/dpa | Boris Roessler



die Probleme von Lobbyismus, Interessenpolitik und Expertentum lösen.

Besonders die Protagonisten der dominierenden repräsentativen Institutionen tun sich schwer, den demokratischen Mehrwert der anderen Beteiligungsformate und des bürgerschaftlichen Engagements, wenn es sich politisch artikuliert, zu respektieren. Sie tendieren vielmehr dazu, die politischen Impulse aus der Zivilgesellschaft zu vernachlässigen.

Jede der demokratischen Formen muss sich darin bewähren, mit ihren Mitteln zentrale demokratische Defizite zu verringern. Dies gilt an erster Stelle für die zunehmende soziale Selektivität aller Beteiligungsformate.

Soziale Ungleichheiten sind ein übergreifendes Problem aller Elemente vielfältiger Demokratie und in der Kombination steigt sogar die Gefahr, dass sich soziale Ungleichheit auch in wachsende politische Ungleichheit übersetzt.

Es geht nicht nur um die faire Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen im Parlament.

Wir haben hinreichend Belege, dass die Interessen der Schwach- oder Nicht-Vertretenen auch im Gesetzgebungsprozess nicht zur Geltung kommen.

WAHLAKT REPRÄSENTIERT SOZIALE SCHIEFLAGE

Schon der vergleichsweise unaufwändige Wahlakt ist von einer deutlichen sozialen Schieflage geprägt. Die Wahlbeteiligung in den besser gestellten Vierteln übersteigt die in den abgehängten Quartieren regelmäßig um ein Vielfaches. Auch die Herabsetzung des Wahlal-

ters verläuft eher stockend und versperrt vielen jungen Menschen einen frühen Zugang zur repräsentativen Politik.

Wie die Daten der Freiwilligensurveys zeigen, gibt es auch im freiwilligen Engagement soziale Hindernisse und Bildungsbarrieren, die zu einem Übergewicht der Bessergestellten und Bessergebildeten in vielen Bereichen des Engagements führen.

Die aktuellen Proteste gegen Rechtsextremismus und für eine starke Demokratie sprechen einerseits für eine politische Aufwertung der Zivilgesellschaft. Alltagsdemokratie, Bürgerinitiativen, Proteste und soziale Bewegungen sowie bürgerschaftliches Engagement andererseits sollten als wichtige Quellen demokratischer Legitimation und Qualität anerkannt und berücksichtigt werden.

Andererseits geht es nicht nur um „mehr“ freiwilliges Engagement, sondern vor allem um mehr „gutes“ Engagement. Nicht jedes zivilgesellschaftliche Engagement kann für sich das Prädikat „demokratisch“ beanspruchen oder wirkt demokratiefördernd.

Autoritärer Populismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind heute in vielen zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Handlungsfeldern spürbar – von der rechtspopulistischen Straßenpolitik ganz abgesehen.

Politische Verbote helfen wenig, die Förderung demokratischen Engagements ist aussichtsreicher. Es will gelernt sein – und zwar immer wieder und immer wieder neu. Demokratisches Engagement ist stets anspruchsvoll, denn es setzt voraus, dass man sich über die eigenen Interessen, aber auch die der anderen verständigt und nach einem Interessenausgleich sucht.

RECHTSEXTREME VEREINIGUNGEN SUGGERIEREN SELBSTWIRKSAMKEIT

Oft wird einseitig auf Selbstwirksamkeit als zentrale Erfahrung verwiesen. Diese ist wichtig, aber für demokratische Beteiligung nicht genug.

Rechtsextreme Vereinigungen bieten jungen Menschen ein besonderes Maß an Selbstwirksamkeit. Die Leute sind eingeschüchtert, haben Angst, wechseln die Straßenseite, wenn solche Gruppen auftauchen. Den Gruppenmitgliedern vermitteln solche Auftritte eine Stärke, die sie sonst nicht hätten. Das Gleiche gilt für rechtspopulistische Politikunternehmerinnen und -unternehmer, die ihrer Zielgruppe mit dem falschen Versprechen „Ihr seid das Volk“ extreme Wirksamkeit in Aussicht stellen und bei Wahlen davon profitieren.

POSITIVE BETEILIGUNGSERFAHRUNGEN GEGEN AUTORITÄRE VERSUCHUNGEN

Demokratische Selbstwirksamkeit entsteht erst dann, wenn auf Gewalt und Einschüchterung verzichtet wird und die eigenen Interessen mit denen anderer Beteiligter abgeglichen und Kompromisse gefunden werden, mit denen alle Beteiligten gut beziehungsweise besser leben können. Für solche Aushandlungsprozesse braucht es Zeit und Regeln, auf die sich die Beteiligten verständigt haben. Positive Beteiligungserfahrungen sind die wichtigste Ressource gegen autoritäre Versuche und andere Gefährdungen von Demokratien. In den letzten Jahrzehnten sind vielfältige Formen der Beteiligung in fast allen gesellschaftlichen Institutionen und politischen Bereichen – vor allem auf kommunaler Ebene – entstanden.

Politische Gestaltungsansprüche sind auch in Zivilgesellschaft stärker geworden, wie eine aktuelle

repräsentative Studie betont: „Es vollzieht sich ein Wandel in der Zivilgesellschaft von primär nach innen orientierten Mitgliedschaftsorganisationen hin zu Organisationen, die stärker auf gesellschaftliche Probleme vor Ort einwirken und über die Grenzen der Organisation hinaus Gesellschaft mitgestalten wollen“ (Schubert u. a. 2023, S. 64). Beeindruckende Unterstützung kommt vom Bundesverfassungsgericht, das in seinem Lissabon-Urteil zum Wahlrecht auf europäischer Ebene hervorhebt: „Der Anspruch auf freie und gleiche Teilhabe an der öffentlichen Gewalt ist in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz) verankert.“

Das gilt wohl nicht nur für das Wahlrecht, sondern für das zivilgesellschaftliche Engagement in allen Lebensbereichen.

Literatur

Schubert, Peter/Kühn, David/Tahmaz, Birthe: ZiviZ-Survey 2023. Zivilgesellschaftliche Organisationen im Wandel – Gestaltungspotentiale erkennen. Resilienz und Vielfalt stärken. Hrsg. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. Essen 2023.

Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Der Deutsche Freiwilligen-Survey 2019. Hrsg. Julia Simonson/Nadiya Kelle/Corinna Kausmann/Clemens Tesch-Römer. Wiesbaden 2022.

INFO

Prof. Dr. Roland Roth ist Politik- und Sozialwissenschaftler – zuletzt lehrte er am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (2000-2002) und ist Co-Sprecher des bundesweiten Netzwerks Bürgerbeteiligung der Stiftung Mitarbeit. Wissenschaftliche Schwerpunkte sind Proteste und soziale Bewegungen, Demokratieentwicklung, Kinder- und Menschenrechte sowie kritische Gesellschaftstheorie.

Roth, Roland:

Demokratie wirksam fördern. Handlungsempfehlungen für eine demokratische Praxis.

Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2023 (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten; 32). 260 S.

ISBN 978-3-941143-48-7, 14,00 €.

MEINE HEIMAT IST MÜNSTER



Foto/ Provinzial Holding AG

Dr. Wolfgang Breuer

VORSTANDSVORSITZENDER DES PROVINZIAL KONZERNS UND KURATORIUMSVORSITZENDER DES WHB

Seit 2015 darf ich Münster als neue Heimat bezeichnen – und das aus großer Überzeugung. Aus dem Mund eines gebürtigen Kölners mag ein solches Bekenntnis zwar bei manch echtem Westfalen für leichtes Stirnrunzeln sorgen, aber es kommt von Herzen.

Schließlich haben Land und Leute jede Menge zu bieten. Ich lebe und arbeite in der Nähe des Germania Campus und vor allem das kulturelle Angebot der Stadt und ihrer Umgebung beeindruckt mich immer wieder neu. Aber auch bezogen auf das leibliche Wohl kann man es sich hier ohne Frage gut gehen lassen.

Ich erinnere mich etwa immer wieder gerne an die Open-Air-Spektakel vom Wolfgang Borchert Theater im Hafenbecken. Oder natürlich an die Skulptur Projekte von 2017, die in drei Jahren wieder anstehen und in deren Planungen wir als Provinzial seit den Anfängen 1977 eingebunden sind. Ein echtes Mammutprojekt auf internationalem Niveau, das als kultureller Leuchtturm eine Begeisterung bis weit über die Grenzen des Münsterlandes hinaus erzeugt. Wann immer uns Freunde oder Familie besuchen, stehen neben dem Markt und dem Dom natürlich auch das LWL-Museum für Kunst und Kultur, das schon als Gebäude Klasse hat, sowie das Picasso-Museum auf dem Programm. Danach geht es dann ins Gasthaus Leve – für mich eine der besten Gaststuben überhaupt. Aber es sind nicht nur die großen Dinge, die Münster so lebenswert machen. Es ist das gesamte Stadtbild, das, auch dank der vielen Studierenden, von Vielfalt geprägt ist und so im besten Sinne des Wortes eine bunte Mischung von allem bietet. Seien es klassische Konzertreihen wie „Chapeau Classique“ mit ihren ungewöhnlichen Spielstätten oder die Festivals rund um das Hawerkamp-Gelände, die vorwiegend junge Menschen ansprechen.

Im Alltag bleibt oft viel zu wenig Zeit, um alles, was einem geboten wird, auch wahrzunehmen. Aber das ist ja das Schöne. Es geht immer weiter – und wenn es ein Spaziergang im Allerwetter-Zoo ist. Der ist nämlich auch mal wieder dran.

**LWL-Museum
für Kunst und
Kultur, Münster**

Foto/ Martin
Albermann ©
LWL-Medienzentrum
für Westfalen

WUNDERTÜTE ZUKUNFT – KÜNSTLICHE INTELLIGENZ UND DEMOKRATISCHE BILDUNG

KOMPETENT MIT TECHNOLOGIE UMGEHEN LERNEN

VON KATHARINA MOSENE

Grafik/ aicandy - stock.adobe.com

Der zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, hat den Diskurs um die vermeintliche Allmacht der Maschine befeuert.¹ Die Versprechen schwanken zwischen einem wahren Hype um die problemlösenden Assistenten und der dystopischen Vorstellung, diese könnten irgendwann den Menschen ersetzen.

So weit sind wir sicher noch lange nicht, dennoch hegen staatliche und nicht staatliche Akteure große Hoffnungen mit Blick auf effizientere, optimierte Prozesse. Wie wirkt sich dies aber auf die Demokratie, politische Bildung und schließlich das gesellschaftliche Zusammenleben aus? Kann KI auch im Bildungssektor von Nutzen sein oder unterminiert sie diesen?

Das Schlüsselwort in diesem Kontext lautet: Kompetenz. Menschen, die zunehmend von intelligenten Technologien umgeben sind, Menschen, die diese in ihren unterschiedlichen Kontexten einsetzen möchten – egal, ob sie mit Smarthome-Assistenten Einkäufe tätigen lassen oder mit generativer KI Texte erstellen – müssen dem System gegenüber kompetent und in der Lage sein, das Für und Wider des Einsatzes kritisch zu hinterfragen, zu reflektieren.

Dabei ist es nicht nur wichtig, den Nutzerinnen und Nutzern von Technologien zu vermitteln, *wie* diese funktionieren, sondern vor allem wie sie entstanden sind, welche gesellschaftlichen Ideen und Realitäten sie widerspiegeln, welche soziopolitischen Potentiale sich in ihnen verbergen, aber auch, wo die Fallstricke liegen und wo es einen starken kritischen Diskurs braucht.

POLITISCHE PROPAGANDA DURCH KI

Gerade im Bereich der politischen Bildung birgt die Verwendung Künstlicher Intelligenz durchaus Gefahren und Herausforderungen, denen man sich bewusst sein muss. Dazu gehört zum Beispiel der Faktor Manipulation oder Desinformation. KI kann durchaus dazu verwendet werden, personalisierte und gezielte politische Propaganda zu erstellen, um Meinungen zu beeinflussen. Algorithmen können Inhalte filtern und präsentieren, die bestehende Meinungen verstärken und zu sogenannten Filterblasen führen, in denen Menschen zum Beispiel in den sozialen Medien nur noch mit Informationen konfrontiert werden, die ihre eigenen Überzeugungen unterstützen. Außerdem wissen wir, dass generative KI dazu in der Lage ist, überaus überzeugende Desinformation zu erzeugen, politische Diskussionen zu verzerren und so den Menschen, die Gesellschaft, vielleicht sogar Wahlen zu beeinflussen. Ein Beispiel dafür waren die Präsidentschaftswahlen in den USA im Jahr 2016, in denen unter anderem mit automatisierten Twitter-Accounts, sogenannten Social Bots, Einfluss auf die politischen Diskussionen auf Social Media genommen wurde.

HISTORISCH VOREINGENOMMENE DATEN

Algorithmen können zudem nachgewiesenermaßen unbeabsichtigt oder sogar absichtlich Biases, Vorurteile und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Kultur, Religion oder anderen Merkmalen verstärken und tradieren. „Bias“ kommt aus dem Englischen und bedeutet Befangenheit, Neigung, Vorurteil. Gemeint sind hier unbewusste Denkmuster oder tief verwurzelte Stereotypen, die unser soziales Verhalten beeinflussen. Wenn KI-Modelle auf historisch voreingenommenen Daten trainiert werden, können sie diese Voreingenommenheit in Entscheidungen übertragen.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist es wichtig, Gesetze und Standards für den verantwortungsbewussten Einsatz von KI zu entwickeln. Eine umfassende politische Bildung, die auch den Einfluss von Technolo-

gie auf demokratische Prozesse erklärt, ist entscheidend, damit Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen von KI auf Gesellschaft, auf ihr Umfeld besser verstehen können.

ABER STARTEN WIR AM ANFANG – MÄNNLICH UND WEISS DOMINIERT?

Warum hat das Internet eigentlich einen Vater? Es wird oft gesagt, dass Vinton Gray Cerf das Internet ins Leben gerufen hat – ein fast biblischer Vergleich. Vinton Gray Cerf spielte in den 1960er- und 1970er-Jahren eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Internets und der darin verwendeten Verbindungsprotokolle.

„Algorithmen können zudem nachgewiesenermaßen unbeabsichtigt oder sogar absichtlich Biases, Vorurteile und Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Kultur, Religion oder anderen Merkmalen verstärken und tradieren. Wenn KI-Modelle auf historisch voreingenommenen Daten trainiert werden, können sie diese Voreingenommenheit in Entscheidungen übertragen.“

Fast niemand dagegen spricht von Ada Lovelace, der eigentlichen Mutter des Internets, wenn man so will. Ada Lovelace gilt als erste Person, die Computerprogramme erstellte. Sie arbeitete mit Charles Babbage bereits ab 1833 an einer „analytischen Maschine“. Und es werden kaum Persönlichkeiten wie Grace Hopper, Mary Allen Wilkes und Katherine Johnson erwähnt.²

Grace Hopper war eine US-amerikanische Informatikerin und Computerpionierin, der in den 1940er-Jahren die Idee kam, Computerprogramme in einer verständlicheren Sprache zu verfassen, statt Einsen und Nullen zu verwenden. Mary Allen Wilkes ist ebenfalls eine US-amerikanische Informatikerin, die mehrere Betriebssysteme entwickelte. Die US-amerikanische Mathematikerin Katherine Johnson berechnete gegen Ende der 1960er-Jahre die korrekte Umlaufbahn für die Apollo-11-Raumfahrtmission und trug damit zu deren Erfolg bei. Erst in jüngster Vergangenheit wird versucht, den Leistungen dieser Wegbereiterinnen mehr Aufmerksamkeit und Würdigung zu schenken.

Grafik/ Peopleimages - AI - stock.adobe.com

TECHNIK ZUR PROBLEMLÖSUNG: TECHNO-FIXES FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT?

Der Einsatz von Technik zur Lösung von Problemen, sogenannte Techno-Fixes, kann sowohl positiv als auch negativ wirken. Technologie, Herkunft und Geschlecht waren schon immer miteinander verwoben: Technologie kann bestehende Rollen verstärken, aber sie kann auch Möglichkeiten bieten, sich von ihnen zu befreien.

Diese Formel enthält eine entscheidende feministische Forderung: die nach Zugang. Zugang wiederum ist immer abhängig von materiellen und immateriellen Ressourcen. Diese sind bekanntlich ungleich verteilt, was sich im Teilbereich KI-Entwicklung deutlich widerspiegelt.³

Darüber hinaus stützen sich KI-Anwendungen bisher auf Lerndaten, sogenannte Trainings-Datensätze, in denen Frauen und marginalisierte Gruppen unterrepräsentiert sind. Das bedeutet, dass diese weniger die Zukunft vorhersagen als die Vergangenheit und die darin eingeschriebenen Diskriminierungsstrukturen. Technologie tradiert hier also das System der Ausgrenzung und verstärkt Geschlechterstereotype und Vorurteile; diskriminierende Stereotype manifestieren sich im programmierten Code und werden mit in den Bausatz von innovativen Technologien eingeschrieben.

Melvin Kranzbergs „First Law of Technology“ aus den 1980er-Jahren hat deswegen heute wie damals gleichermaßen Bedeutung: „Technology is neither good nor is it bad, nor is it neutral.“ (Deutsch: Technologie ist weder gut noch schlecht, noch ist sie neutral).

TRAININGSDATEN FÜR ALGORITHMEN MÜSSEN DIVERSER WERDEN

Es ist hinlänglich bekannt, dass biometrische Gesichtserkennung, die vorwiegend in einem männlich dominierten Raum im weißen globalen Norden entwickelt wird, lange nicht in der Lage war, Schwarze Menschen und People of Colour, vor allem Frauen, zu identifizieren, da sie sich überwiegend auf Trainingsdatensätze weißer Personen stützte. Dies ist kein Zufall – es ist das Ergebnis normativer Entscheidungen derjenigen, die den Code schreiben und die Systeme trainieren.

Am bekanntesten sind hier wohl die Ergebnisse des Projektes „Gender Shades“⁴ von 2018, das eindeutig nachwies, dass KI-Gesichtserkennung-Technologien marginalisierte Gruppen rassifiziert. Das Projekt des amerikanischen Massachusetts Institute of Technology (MIT) Media Labs bewertete die Genauigkeit von KI-gestützten Produkten zur Geschlechtsklassifizierung der Unternehmen IBM, Microsoft und Face++ anhand einer Auswahl von 1.270 Bildern, die als Vergleichsmaßstab genutzt wurden. Zudem wurde deutlich, dass vor allem Schwarze Frauen und Frauen of Colour von den Systemen gar nicht oder falsch zugeordnet wurden. Der Grund: unvollständige Trainingsdatensätze, bestehend aus im Wesentlichen weißen, männlichen Gesichtern.

Und auch im Bereich der Spracherkennung wissen wir, dass diese Systeme im US-Kontext bei weißen Amerikanerinnen und Amerikanern besser funktionieren und eine viel niedrigere Fehlerquote aufweisen als bei Schwarzen Personen.⁵

Künstliche Intelligenz, das wird hier deutlich, ist damit stark von Trainingsdaten abhängig.

Sie erkennt zudem weniger einen Sinn als vielmehr eine Wechselbeziehung.

KI IN STAAT UND VERWALTUNG

KI und Algorithmen des maschinellen Lernens werden auch außerhalb des sogenannten Verbraucherbereichs, zum Beispiel für Regierungsentscheidungen, verwendet. So sollte in Österreich das „Arbeitsmarktchancenmodell“ (AMAS) darüber entscheiden, welche Person welche Sozialleistungen erhalten wird.⁶ Das AMAS ist ein computergestütztes Modell, welches die Einteilung von Menschen in Gruppen mit hohen, mittleren und niedrigen Arbeitsmarktchancen anhand Daten zu persönlichen Merkmalen, Beschäftigungszeiten und regionalen Arbeitsmarktbedingungen vorschlägt, um die Betreuung und Vermittlung zu verbessern.

In Deutschland werden an vielen Stellen bereits Systeme eingesetzt, die vielfach unter dem Begriff Predictive Policing verhandelt werden; so zum Beispiel das System HessenData, welches auf der „Gotham“-Software der US-Firma Palantir Technologies Inc. aufsetzt. Mit Predictive Policing wird die Analyse von Falldaten aus der Vergangenheit zur computergestützten Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten bezeichnet. Obwohl das Bundesverfassungsgericht hier Grenzen gesetzt hat,⁷ nutzen auch Städte wie Hamburg intelligente Überwachungskameras an öffentlichen Orten⁸ – die eine hohe Fehleranfälligkeit haben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verwendet darüber hinaus ein Sprachanalyse-Tool, das behauptet, einer

Person durch Analyse eines „Dialekts“ die Staatsangehörigkeit zuordnen zu können.⁹

Und auch an den europäischen Außengrenzen wird eine Vielzahl an Werkzeugen eingesetzt, so wurden über einen längeren Zeitraum zum Beispiel KI-Polygrafen (Lügendetektoren) getestet, die „Lügen“ anhand der Analyse von Augen- und Mundbewegungen nachweisen sollten, ungeachtet von Kontext oder Kultur – mit kaum messbarer Treffsicherheit und einem hohen Potential zu Diskriminierung mit Blick auf Herkunft und Geschlecht.¹⁰

WIEDERHOLUNG DER KOLONIALEN HIERARCHIEN

Gebündelt als Big Data werden traditionelle Ausschlusssysteme so unerschwerlich in Code übersetzt. Hinzu kommen die Warenkreisläufe, die entlang der alten kolonialen Hierarchien verlaufen: Die Rohstoffe

„Künstliche Intelligenz, das wird hier deutlich, ist damit stark von Trainingsdaten abhängig. Sie erkennt zudem weniger einen Sinn als vielmehr eine Wechselbeziehung.“

des Südens, die meist weiterhin unter unmenschlichen Bedingungen gewonnen werden, gelangen für die Tech-Industrie billig in den Norden. Proprietäre Akteure aus dem Silicon Valley, dem wirtschaftlich bedeutendsten Standort der IT-Industrie in Kalifornien, tragen mit ihren Technologien ihre eigenen Interessen in den globalen Süden, anstatt Initiativen zu stärken, die sich an den lokalen Bedürfnissen orientieren.¹¹

Grafik/ aicandy - stock.adobe.com

(DIGITALE) AUSBEUTUNG DES GLOBALEN SÜDENS

Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: ChatGPT ist keine Ausnahme. ChatGPT ist ein dialogorientierter Chatbot, der mithilfe von KI und moderner maschineller Lern-technologie mit Nutzern über textbasierte Nachrichten kommuniziert und zum Beispiel auf Anweisung Texte erstellt. Die Entwickler haben sich große Mühe gegeben, ein System zu schaffen, das weder Sexismus noch Rassismus reproduziert. Dies hatte jedoch einen hohen Preis. Dieser Preis wurde von schlecht bezahlten Mitarbeitenden im globalen Süden bezahlt, die dem System manuell melden mussten, wenn es diskriminierende oder gewalttätige Inhalte wiedergab. Sie taten dies, indem sie genau diese Art von Material sichteten. Einfach ausgedrückt: Ohne Schulung oder Unterstützung erhalten zu haben, verbrachten diese Mitarbeitenden den ganzen Tag damit, sich gewalttätige, rassistische und sexistische Vorschläge des Systems anzusehen und diese dann zu markieren, damit das System sie nicht mehr wiedergibt.¹²

WAS TUN?

Um die Form fortwährender diskriminierender Praktiken nicht länger in Technologie zu übersetzen, muss ein Hauptaugenmerk auf dem Zusammenstellen von repräsentativen Datensätzen liegen. Die Idee von synthetischen Daten ist hier durchaus vielversprechend.¹³ Auch die Förderung der Vielfalt in KI-Entwicklungsteams und das Verpflichten der Entwicklung auf Transparenz und Rechenschaft sind unerlässlich, um Entscheidungsprozesse zu verstehen und negative Auswirkungen rechtzei-

tig zu erkennen.¹⁴ Auch die Ansätze aus den kritischen Datenwissenschaften zielen unter anderem darauf ab, die Machtdynamik innerhalb der KI-Entwicklung in Frage zu stellen und unterrepräsentierte Gruppen zu stärken, indem Möglichkeiten für ihre Beteiligung geschaffen werden.¹⁵

ARTIFICIAL INTELLIGENCE ACT (AI ACT)

Aber auch der EU AI Act¹⁶ – das weltweit erste Gesetzespaket für Künstliche Intelligenz – bietet Anknüpfungspunkte. Seit der Veröffentlichung des ersten Entwurfs des AI Act durch die Europäischen Kommission im April 2021 läuft dieses europäische Gesetzgebungsverfahren. Eine entscheidende Hürde hat der AI Act kürzlich mit der Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten genommen. Die Zustimmung von EU-Rat und EU-Parlament gilt als Formsache. Der AI Act folgt einem risikobasierten Ansatz, um zu gewährleisten, dass der Einsatz KI-basierter Systemen keine negativen Auswirkungen auf die Sicherheit, Gesundheit und Grundrechte von Menschen hat. Die jeweiligen gesetzlichen Auflagen hängen von dem jeweiligen Risikopotential ab: Inakzeptabel risikoreiche Systeme sind verboten, Hochrisiko-Systeme unterliegen bestimmten Regeln und risikoarme KI-Systeme sind keinen Auflagen unterworfen.¹⁷

Verboten werden sollen zum Beispiel Systeme zum Social Scoring, also eine Bewertung des Sozialverhaltens und darauffolgende Klassifizierung von Personen, ebenso wie Predictive Policing. In China wird schon länger ein online betriebenes Social-Scoring-System zur Kontrolle der Bevölkerung durch die Vergabe und den Entzug von Punkten basierend auf sozialem und

politischem Verhalten genutzt. Wer dort ein zu niedriges Punkte-Level erreicht, wird in seinen Rechten und somit im alltäglichen Leben eingeschränkt. Der AI-Act-Entwurf schränkt den Einsatz von Gesichtserkennung durch Strafverfolgungsbehörden an öffentlichen Orten ein, enthält allerdings auch eine Menge Schlupflöcher.¹⁸

Dennoch: Endlich wird diskutiert, wie Menschen als Teil von Wirtschaft und Gesellschaft, als Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich vor Diskriminierung oder Falschbehandlung durch KI geschützt werden können.

WAS GEHT MICH DAS AN?

Das alles sollten wir wissen und in Betracht ziehen, wenn wir selbst KI-gestützte Systeme einsetzen, vor allem im Bereich der politischen Bildung.

Basiert der Text, den mir die generative KI ausgeworfen hat, vielleicht auf veralteten Tatsachen? Woher stammen die Quellen? Und welche Diskriminierungslogiken werden nacherzählt?

Und das Bild, das mir die KI gestaltet hat – welche Stereotype sind dort abgebildet? Auf welchen Rollenvorstellungen setzt die Abbildung auf? Erst wenn wir diese Reflexion fortwährend schaffen, werden wir kompetent mit den Technologien umgehen – und können dieses Wissen auch weitergeben.

Dann kann künstliche Intelligenz wahrhaft zur Wundertüte werden – zu einer, die uns auch positiv überrascht.

Hintergrundinformationen und Literatur:

- 1 Dieser Beitrag basiert auf Überlegungen, die Katharina Mosene unter www.helmut-schmidt.de/en/bkhs-magazine-remaking-globalisation und auf dem Blog www.hans-bredow-institut.de/de/blog des Leibniz-Instituts für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI) getätigt hat.
- 2 Nachzuschauen zum Beispiel im Kinofilm: „Hidden Figures – Unerkannte Heldinnen“ von 2016
- 3 www.hiig.de/publication/positionspapier-der-teilnehmenden-des-roundtable-ki-von-und-fuer-frauen-am-13-oktober-2020/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 4 www.media.mit.edu/projects/gender-shades/overview/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 5 www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.1915768117 (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 6 Derzeit gestoppt: netzpolitik.org/2020/oesterreich-ams-datenschutzbehoerde-stoppt-jobcenter-algorithmus/ (abgerufen am: 8. Februar 2024); auch hier ließen sich Diskriminierungsmuster nachweisen: netzpolitik.org/2019/streit-um-den-ams-algorithmus-geht-in-die-naechste-runde/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 7 netzpolitik.org/2023/jurteil-des-bundesverfassungsgerichts-automatisierte-datenanalyse-fuer-die-vorbeugende-bekaempfung-von-straftaten-ist-verfassungswidrig/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 8 netzpolitik.org/2023/intelligente-videoeueberwachung-polizei-hamburg-will-ab-juli-verhalten-automatisch-scannen/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 9 netzpolitik.org/2022/asylverfahren-bamf-weitet-automatische-sprachanalyse-aus/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 10 theintercept.com/2019/07/26/europe-border-control-ai-lie-detector/ (abgerufen am: 8. Februar 2024);
- 11 Mehr dazu hier: www.gwi-boell.de/de/2021/02/11/weisheit-des-nichtwissens-und-dekoloniale-ki (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 12 www.hrw.org/de/news/2023/05/17/buechse-der-pandora-generative-ki-unternehmen-chatgpt-und-menschenrechte (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 13 www.heise.de/hintergrund/Auslegungssache-58-EU-Datenstrategie-synthetische-Daten-Bias-und-Datenschutz-6336597.html (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 14 netzforma.org/wp-content/uploads/2021/01/2020_wenn-ki-dann-feministisch_netzforma.pdf (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 15 data-feminism.mitpress.mit.edu/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 16 www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/12/09/artificial-intelligence-act-council-and-parliament-strike-a-deal-on-the-first-worldwide-rules-for-ai/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)
- 17 s. o.
- 18 algorithmwatch.org/de/hashtag/ai-act/ (abgerufen am: 8. Februar 2024)

Katharina Mosene ist Politikwissenschaftlerin (M. A.) am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI) und dem Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG). Ihr wissenschaftliches Interesse gilt intersektionalen feministischen Ansätzen im Bereich Netzpolitik, Intelligenten Technologien und Internet Governance. Neben dem Kontext Digitale Gewalt, Hatespeech und Anti-Feminismus beschäftigt sie sich mit tradierten Biases und ethischen Fragen im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Neben ihrem freiberuflichen Engagement im Bereich Cyber Security, Digitale Bildung und kritische Medienbildung ist sie Gründungsmitglied von [netzforma* e. V.](http://netzforma.org) – Verein für feministische Netzpolitik und Teil des Sprecher*innenrates der DVPW-Sektion Politik und Geschlecht.

BÜRGERBETEILIGUNG IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

SERVICEANGEBOTE DES NETZWERKS BÜRGERBETEILIGUNG DER STIFTUNG MITARBEIT



Foto/ Stiftung Mitarbeit

Die Stiftung Mitarbeit ist eine parteiunabhängige, gemeinnützige Demokratie-Stiftung, die bundesweit tätig ist. Seit 60 Jahren fördert sie die beteiligungsorientierte Demokratieentwicklung und stärkt die politische Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, die in Deutschland leben. Zugleich arbeitet sie daran, die Demokratie für morgen zu gestalten und demokratische Neuerungen und neue Formen der politischen Beteiligung zu etablieren.

Die Stiftung unterstützt Engagement und Bürgerbeteiligung unter anderem durch Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit, Fachtagungen und Seminare, durch die Konzeption und Realisierung von Beteiligungsangeboten, durch Starthilfezuschüsse für neue Initiativen (über die in dieser Ausgabe gesondert berichtet wird), das Informationsportal Wegweiser Bürgergesellschaft sowie das Netzwerk Bürgerbeteiligung.

Im bundeweiten Netzwerk Bürgerbeteiligung arbeiten Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft wie auch Bürgerinnen und Bürger zusammen, die die Zukunft der Demokratie durch Beteiligung mitgestalten wollen.

Das Netzwerk zielt mit seiner Arbeit darauf ab, die politische Partizipation in Deutschland weiterzuentwickeln und auf allen föderalen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen) zu stärken. Konzipiert als offenes, gesellschaftspolitisches Lernprojekt sucht das Netzwerk nach Wegen, Demokratie und Bürgerbeteiligung politisch-strategisch und strukturell zu fördern und zu verankern.

THEMENSCHWERPUNKT: BÜRGERBETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Die Frage, welche Zukunft Gemeinden in ländlichen Räumen haben und wie Bewohnerinnen und Bewohner diese mitgestalten können, ist im Fokus politischer und gesellschaftlicher Diskussionen. Auch die Stiftung Mitarbeit widmet sich diesem Thema schon seit längerem in unterschiedlichen Formaten.

Gerade in der letzten Zeit haben sich optionale Herangehensweisen und Formen entwickelt, die in den Blick genommen werden. Dabei geht das Netzwerk der Frage nach, welche spezifischen Herausforderungen sich in ländlich geprägten Regionen bei der Umsetzung von wirksamer Bürgerbeteiligung stellen.

Funktioniert die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Regionen anders als in der Stadt? Welcher Rahmen muss gesetzt werden, um Beteiligung und Teilhabe in kleineren Kommunen zu fördern?

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung trägt in einem entsprechenden Themenschwerpunkt Artikel mit verschiedenen Ansätzen zusammen. Von der „Landinventur“ über die „Dorfbewegung Brandenburg“ bis zur Beteiligung im „Tagebau Garzweiler“ finden sich fast 30 Beiträge in diesem Themenfeld.

Das bereits 2016 entstandene Impulspapier „Gemeinsam Zukunft entwickeln“ des Netzwerks Bürgerbeteiligung umreißt das Profil erfolgreicher Bürgerbeteiligung in Dörfern und Städten in strukturschwachen, peripheren ländlichen Räumen. Auch der Themenschwerpunkt „Auf dem Weg zur Bürgerkommune...“ liefert insbesondere mit seinen Beiträgen aus dem westfälischen Schwerte und dem hessischen Viernheim interessante Anregungen für kleinere Kommunen.

Das Netzwerk stellt zudem die Frage nach der Umsetzung guter Bürgerbeteiligung. Hierzu wurden 2013 „Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung“ entwickelt, auf deren Basis derzeit der „Qualitätscheck Bürgerbeteiligung NBB“ erarbeitet wird. Hierbei handelt es sich um ein Instrument, das alle Beteiligten bei der Realisierung, Einschätzung und Bewertung von Bürgerbeteiligungsprozessen unterstützen soll.

Überdies hat das Netzwerk Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik formuliert. In der „Sammlung kommunaler Leitlinien und Handlungsempfehlungen für die Bürgerbeteiligung“ finden sich darüber hinaus zahlreiche Erfordernisse und Handlungsempfehlungen zur kommunalen Bürgerbeteiligung aus kleineren Kommunen (bundesweit).

Die bei der Stiftung Mitarbeit erschienene Publikation „Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung in ländlichen Räumen“ befasst sich mit der Frage, wie es gelingen kann, das Zusammenleben der Menschen in Dörfern im ländlichen Raum demokratisch, dialog- und ressourcenorientiert zu stärken. Die Autoren Florian Wenzel und Christian Boeser stellen den methodischen Ansatz der „Dorfgespräche“ vor und zeigen anschaulich und praxisnah, wie sich die demokratischen Kräfte der dörflichen Gemeinschaft aktivieren lassen.

Auf der Webseite des Wegweisers Bürgergesellschaft findet sich darüber hinaus eine Sammlung von Metho-

den und Verfahren der Bürgerbeteiligung von A bis Z, die vielfach auch sinnvolle Ansätze für Bürgerbeteiligung in ländlichen Räumen bieten. Die entsprechende Publikation, die übersichtlich alle Methoden präsentiert, wird ebenfalls in dieser Ausgabe separat vorgestellt.

Marion Stock und Ulrich Rüttgers, Stiftung Mitarbeit

INFO

Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de

Wegweiser Bürgergesellschaft:

www.buergergesellschaft.de

Netzwerk Bürgerbeteiligung:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Themenschwerpunkt „Ländliche Räume“ im Netzwerk Bürgerbeteiligung:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/laendliche-raeume/

Themenschwerpunkt „Auf dem Weg zur Bürgerkommune“:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/themen-diskurse/beitragge-themenschwerpunkte/auf-dem-weg-zur-buergerkommune/

Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungs-politik/empfehlungen-fuer-eine-verlaessliche-und-wirksame-kommunale-beteiligungs-politik/

Leitliniensammlung verschiedener Kommunen:

www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungs-politik/sammlung-kommunale-leitlinien/

Publikation Dorfgespräch:

www.mitarbeit.de/publikationen/shop/dorfgespraech/

KONTAKT

Marion Stock

Stiftung Mitarbeit

Referentin für Demokratie & Bürgerbeteiligung

stock@netzwerk-buergerbeteiligung.de

MODERNISIERUNG DES ZUWENDUNGSRECHTS IN NORDRHEIN-WESTFALEN

ÜBERARBEITETE RICHTLINIEN ZUR BERÜCKSICHTIGUNG VON BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

Akteure der Zivilgesellschaft setzen sich bereits seit Jahren für eine wirkungsvolle Modernisierung des Zuwendungsrechts und eine engagementfreundlichere Zuwendungspraxis in Nordrhein-Westfalen ein. Nun zeichnet sich ein günstiges Klima für Veränderungen ab.

Eine Reform-Initiative mit Vertreterinnen und Vertretern vieler Vereine, Verbände und Organisationen aus dem Dritten Sektor hatte bereits 2018 ein Positionspapier mit Vorschlägen zur Verschlankung und Vereinfachung des Zuwendungsrechts an die damalige Landesregierung und die politischen Entscheider herangetragen und Gespräche dazu geführt.

Wenngleich zwischenzeitlich Erleichterungen in der Kulturförderung als Pilotbereich umgesetzt wurden, fehlt jedoch bisher eine spartenübergreifende grundsätzliche Reform des Zuwendungsrechts für das bürgerschaftliche Engagement.

Im vergangenen Jahr hat die aktuelle Regierungskoalition in NRW den Antrag „Ehrenamt braucht Wertschätzung – Zuwendungsrecht für zivilgesellschaftliche Akteure in Nordrhein-Westfalen vereinfachen und modernisieren“ eingebracht, der vom Landtag angenommen wurde.

Es bestehe Handlungsbedarf, um das Zuwendungsrecht effektiver und nutzerfreundlicher zu gestalten und somit die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure zu unterstützen. Zusammen mit den Fördernehmern, den öffentlichen Fördergebern sowie Fachleuten solle ein Konzept zur Modernisierung und Entbürokratisierung der Zuwendungspraxis erarbeitet und umgesetzt werden. Die Initiative zur Modernisierung des Zuwendungsrechts für den Dritten Sektor hat diesen Vorstoß nachdrücklich begrüßt und ihre Mitarbeit angeboten. Auch der Westfälische Heimatbund e. V. ist Teil der Gruppe.

Zwischenzeitlich wurden bereits seitens des Ministeriums der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen erste Erleichterungen umgesetzt.

Es wurde eine **gemeinsame Richtlinie aller Ressorts zum bürgerschaftlichen Engagement** erarbeitet, welche die bisherigen, inhaltlich voneinander abweichenden Einzelrichtlinien der Ressorts ersetzt. Diese Richtlinie ist mit einem Runderlass seit dem 1. Januar 2024 in Kraft getreten. In diesem Zusammenhang wird auch eine **Erhöhung der anrechenbaren Stundensätze für ehrenamtliches Engagement von 15 auf 20 Euro** vorgenommen.

RICHTLINIE ZUR BERÜCKSICHTIGUNG VON BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

BEI DER GEWÄHRUNG VON ZUWENDUNGEN IM ZUSTÄNDIGKEITSBEREICH DER LANDESREGIERUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

Gemeinsamer Runderlass

- des Ministerpräsidenten,
- des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie,
- des Ministeriums der Finanzen,
- des Ministeriums des Innern,
- des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration,
- des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales,
- des Ministeriums für Schule und Bildung,
- des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung,
- des Ministeriums der Justiz,
- des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr,
- des Ministeriums für Landwirtschaft und Verbraucherschutz und
- des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft
- 102/BE - Vom 25. Oktober 2023

1 RECHTSGRUNDLAGE

Nach Nummer 2.4.2 der VV zu § 44 LHO - Teil I - VV für Zuwendungen an den außergemeindlichen Bereich - beziehungsweise nach Nummer 2.3.3 der VVG zu § 44 LHO - Teil II - VV für Zuwendungen an Gemeinden (GV) - kann bürgerschaftliches Engagement nach näherer Maßgabe durch Förderrichtlinien berücksichtigt werden.

2 GEGENSTAND DER FÖRDERUNG

Bürgerschaftliches Engagement in der Form von freiwilligen, unentgeltlichen Arbeiten kann als fiktive Ausgabe in die Bemessungsgrundlage für die Zuwendung an eine natürliche oder juristische Person einbezogen werden.

3 VORAUSSETZUNG FÜR DIE BERÜCKSICHTIGUNG

Die als bürgerschaftliches Engagement zu berücksichtigenden Leistungen dürfen nicht in Erfüllung einer Verpflichtung aus einem Beschäftigungsverhältnis oder einer organschaftlichen Stellung, zum Beispiel Aufsichtsrat oder Geschäftsführung, bei der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger erbracht werden.

4 ART UND UMFANG, GRENZE DER ANERKENNUNG

Im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements erbrachte Arbeitsleistungen können bei der Ermittlung der Gesamtausgaben eines geförderten Vorhabens wie folgt Berücksichtigung finden.

4.1

Jede geleistete Arbeitsstunde kann pauschal in Höhe von 20 Euro angesetzt werden.

4.2

Bei Arbeitsleistungen, die eine besondere fachliche Qualifikation erfordern, kann das für die Zuwendung zuständige Ministerium auf Vorschlag der Bewilligungsbehörde im Einzelfall einen höheren Betrag anerkennen.

4.3

Die Höhe der fiktiven Ausgaben für bürgerschaftliches Engagement darf 20 Prozent der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben nicht überschreiten.

4.4

Als Beleg für die geleisteten Arbeitsstunden sind einfache Stundennachweise zu erstellen, die zu unterschreiben sind. Sie müssen den Namen der oder des ehrenamtlich Tätigen, Datum, Dauer und Art der Leistung beinhalten und sind von der Zuwendungsempfängerin oder dem Zuwendungsempfänger gegenzuzeichnen.

5 RESSORTSPEZIFISCHE BESONDERHEITEN

Ressortspezifische Besonderheiten einer Zuwendung im Zusammenhang mit dieser Richtlinie sind von dem jeweils zuständigen Ministerium in Absprache mit dem Ministerium der Finanzen sowie gegebenenfalls mit der Bewilligungsbehörde gesondert zu regeln.

6 INKRAFTTRETEN, AUSSERKRAFTTRETEN

Dieser Runderlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft und am 31. Dezember 2025 außer Kraft. Gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Runderlasses treten

- a) die „Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“ vom 1. Februar 2018 (MBL. NRW. S. 86), die durch Runderlass vom 21. November 2022 (MBL. NRW. S. 978) geändert worden ist,
- b) die „Richtlinien zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration“ vom 13. Oktober 2022 (MBL. NRW. S. 978),
- c) die „Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales“ vom 22. Juli 2022 (MBL. NRW. S. 654),
- d) die „Richtlinien zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Gewährung von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Schule und Bildung“ vom 27. August 2023 (Abl. NRW. 09/23) sowie
- e) die „Richtlinie zur Berücksichtigung von bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen von Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft“ vom 4. Dezember 2019 (MBL. NRW. S. 783), die durch Runderlass vom 12. Dezember 2022 (MBL. NRW. S. 1040) geändert worden ist, außer Kraft.

MBL. NRW. 2023 S. 1522.

INFO

Quelle: recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=1&gldnr=6&ugl_nr=631&bes_id=52780&menu=0&sg=0&aufgehoben=N&keyword=b%25FCrgerschaftliches (abgerufen am: 4. Februar 2024)

WHB STELLT MUSTERSATZUNG FÜR MITGLIEDSVEREINE ZUR VERFÜGUNG

HILFREICHE VORLAGEN FÜR IHRE VEREINSARBEIT BEI NEUGRÜNDUNG UND SATZUNGSÄNDERUNGEN

Auf Anfrage bietet der Westfälische Heimatbund e. V. seinen Mitgliedsvereinen eine aktualisierte Fassung seiner Mustersatzung an. Diese steht nun in zwei Varianten zur Verfügung: einmal für einen klassisch organisierten Vorstand mit festgelegten Ämtern sowie – aufgrund der großen Nachfrage – auch in einer Version, die Formulierungen für einen sogenannten Teamvorstand enthält.

OHNE SATZUNG KEIN VEREIN!

Bei der Satzung handelt es sich im Prinzip um die Verfassung eines Vereins. Hier werden grundlegende Bestimmungen für die Vereinsarbeit festgelegt. Spätestens bei der Gründung eines neuen Vereins benötigt jeder Verein eine Satzung.

Nur mit einer Satzung kann ein Verein ins Vereinsregister eingetragen werden.

MINDESTANFORDERUNGEN AN DIE SATZUNG EINES E. V.

Das Bürgerliche Gesetzbuch legt Mindestanforderungen an die Vereinssatzung eines eingetragenen Vereins fest. So muss diese den Zweck, den Namen und den Sitz des Vereins enthalten und den erklärten Willen darstellen, dass der Verein eingetragen werden soll. Dabei soll sich der Name des Vereins von den Bezeichnungen bereits bestehender eingetragener Vereine am Ort deutlich unterscheiden. Darüber hinaus soll die Satzung Bestimmungen enthalten über den Eintritt und Austritt der

Mitglieder, über etwaige von den Mitgliedern zu leistende Beiträge, über die Bildung des Vorstands, über die Voraussetzungen und die Form für die Einberufung der Mitgliederversammlung und die Beurkundung der Beschlüsse.

Der Gesetzgeber gibt damit letztlich nur wenig zum Inhalt der Satzung vor. Über diese Festlegungen hinaus besteht eine Vielzahl an Gestaltungsmöglichkeiten, die in der Praxis auch genutzt werden sollten.

GEMEINNÜTZIGKEIT

Eine Eintragung in das Vereinsregister führt nicht automatisch zur Steuerbegünstigung eines Vereins. Für eine Steuerbegünstigung sind weitere Voraussetzungen zu erfüllen: Der Verein muss ausschließlich und unmittelbar **gemeinnützige, mildtätige** oder **kirchliche Zwecke verfolgen** und **durch bestimmte Maßnahmen verwirklichen**. Der Verein muss **selbstlos tätig** sein und **nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke** verfolgen. Die Mittel des Vereins dürfen **nur für satzungsgemäße Zwecke** verwendet werden und Mitglieder dürfen keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten. Der Verein darf keine Person durch Ausgaben begünstigen, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke darf das Vermögen nur für steuerbegünstigte Zwecke verwendet werden.

Die aus steuerlichen Gründen notwendigen Satzungsbestimmungen finden sich in der Anlage 1 zu § 60 der AO.

SATZUNG ZEITGEMÄSS GESTALTEN

Oft besteht in Vereinen Unbehagen, die Satzung anzupassen. Dabei sind viele Satzungen bereits jahrzehntelang, zum Teil nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben entsprechend und nicht selten auch mit Vorschriften überladen, die so nicht erforderlich sind und nach heutigem Ermessen die Organisation des Vereinsalltages eher erschweren als unterstützen. Hier gilt oft: Weniger ist mehr!

Es empfiehlt sich deshalb, vorhandene Satzungen regelmäßig zu überprüfen und an aktuelle gesetzliche Vorschriften oder veränderte Anforderungen und Strukturen im Verein anzupassen, so etwa heutzutage die Möglichkeit zur Einladung der Mitglieder per E-Mail mit aufzunehmen oder Datenschutzbestimmungen im Sinne der DSGVO einzupflegen.

Die Corona-Pandemie hat außerdem gezeigt, dass es durchaus Sinn machen kann, sich in der Satzung mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, beispielsweise in Bezug auf digitale Vorstandssitzungen oder Mitgliederversammlungen.

MUSTERSATZUNGEN

Mustersatzungen stellen die Justiz-Ministerien des Bundes und der Länder auf ihren Webseiten zur Verfügung. Diese geben wieder, was gesetzlich notwendig ist.

Die von Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhler erstellte WHB-Mustersatzung soll Ihnen ergänzend als hilfreiche Vorlage dienen. Bei dem aktuellen Entwurf handelt es sich um einen Vorschlag einer Satzung für einen Heimatverein, welcher jedoch zwingend den individuellen Gegebenheiten jedes Vereins anzupassen ist.

Die in der WHB-Mustersatzung aufgeführten Zwecke eines gemeinnützigen Vereins etwa stellen nur Beispiele dar, aus denen eine Auswahl für den konkreten Einzelfall getroffen werden muss. Die Zwecke orientieren sich am Wortlaut der Abgabenordnung § 52 zu den gemeinnützigen Zwecken. Es ist also sinnvoll, gezielt einzelne Zwecke auszuwählen, nicht aber die Formulierungen zu ändern.

Auch in Bezug auf genannte Fristen in der Mustersatzung handelt es sich um Vorschläge beziehungsweise Empfehlungen, über die abweichende Regelungen getroffen werden können.

Zu etlichen Sachverhalten ist eine ergänzende Erläuterung beigelegt.

Vor Gründung eines Vereins oder vor Änderung einer bestehenden Satzung empfehlen wir nachdrücklich eine Abstimmung mit dem zuständigen Finanzamt und sofern möglich dem Amtsgericht. Die Finanzämter in NRW haben seit Januar 2024 feste Ansprechpersonen festgelegt, denen man die selbst erstellte Satzung vorab zur Prüfung im Hinblick auf steuerliche Vorgaben zukommen lassen kann. Dazu findet sich eine Übersicht in diesem Heft.

INFO

Für die Zusendung der aktuellen WHB-Mustersatzung für Mitgliedsvereine und weitergehende Beratung kontaktieren Sie uns bitte unter: whb@whb.nrw

Überdies stellen wir eine **Handlungshilfe zur Durchführung einer Mitgliederversammlung** zur Satzungsänderung zur Verfügung.

Das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen stellt eine Mustersatzung für einen gemeinnützigen Verein bereit unter: www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/ordentliche_gerichte/FGG/Registersachen/Vereinssatzung/index.php

In der Abgabenordnung werden in einer kurzen Mustersatzung die aus steuerlichen Gründen erforderlichen Satzungsbestimmungen zusammengefasst: www.gesetze-im-internet.de/ao_1977/anlage_1.html

Erklärfilm der Finanzverwaltung NRW zur Vereinsgründung: die-zukunft-steuern.nrw/vereinsgruendung

FINANZÄMTER IN NRW BENENNEN FESTE ANSPRECHPERSONEN FÜR GEMEINNÜTZIGE VEREINE

FINANZVERWALTUNG OPTIMIERT DIE BERATUNG FÜR EHRENAMTLICHE

Die Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen erweitert ihren Service für Ehrenamtliche: Jedes Finanzamt des Landes hat nun eine feste Ansprechperson, um engagierten Menschen aus steuerlich nicht beratenen gemeinnützigen Vereinen bei

Fragestellungen rund um die Rechte und Pflichten im Besteuerungsverfahren zur Seite zu stehen.

Per Erlass hatte der Minister der Finanzen, Dr. Marcus Optendrenk, die Ämter 2023 beauftragt, diese zentrale Zuständigkeit einzurichten.

REGIERUNGSBEZIRK ARNSBERG:

Finanzamt Altena, 5302
Zentrale: 02352 917-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02352 917-2201

Finanzamt Arnsberg, 5303
Zentrale: 02931 875-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02931 875-2200

Finanzamt Bochum-Mitte, 5306
Zentrale: 0234 514-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0234 514-2003

Finanzamt Bochum-Süd, 5350
Zentrale: 0234 3337-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0234 3337-2645

Finanzamt Brilon, 5309
Zentrale: 02961 788-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02961 788-2195

Finanzamt Dortmund-Hörde, 5315
Zentrale: 0231 4103-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0231 4103-2016 / -2308

Finanzamt Dortmund-Ost, 5317
Zentrale: 0231 5188-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0231 5188-2629

Finanzamt Dortmund-Unna, 5316
Zentrale: 0231 5188-0

Ansprechperson Ehrenamt:
0231 5188-4166

Finanzamt Dortmund-West, 5314
Zentrale: 0231 9581-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0231 9581-2817

Finanzamt Hagen, 5321
Zentrale: 02331 180-0

Ansprechperson Ehrenamt:
02331 180-2696

Finanzamt Hamm, 5322
Zentrale: 02381 918-0

Ansprechperson Ehrenamt:
02381 918-2819

Finanzamt Hattingen, 5323
Zentrale: 02324 208-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02324 208-2158

Finanzamt Herne, 5325
Zentrale: 02323 598-0

Ansprechperson Ehrenamt:
02323 598-2300

Finanzamt Iserlohn, 5328
Zentrale: 02371 969-0

Ansprechperson Ehrenamt:
02371 969-2115

Finanzamt Lippstadt, 5330
Zentrale: 02941 982-0

Ansprechperson Ehrenamt:
02942 982-2430

Finanzamt Lüdenscheid, 5332
Zentrale: 02351 155-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02351 155-2531

Finanzamt Meschede, 5334
Zentrale: 0291 950-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0291 950-2005 / -2615

Finanzamt Olpe, 5338
Zentrale: 02761 963-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02761 963-2334

Finanzamt Schwelm, 5341
Zentrale: 02336 803-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02336 803-2328

Finanzamt Siegen, 5342
Zentrale: 0271 4890-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0271 4890-2170 / -2393

Finanzamt Soest, 5343
Zentrale: 02921 351-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02921 351-2423

Finanzamt Witten, 5348
Zentrale: 02302 921-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02302 921-2090

REGIERUNGSBEZIRK MÜNSTER:

Finanzamt Ahaus, 5301
Zentrale: 02561 929-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02561 929-2193 / -2288

Finanzamt Gelsenkirchen, 5319
Zentrale: 0209 173-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0209 173-3217

Finanzamt Münster-Außenstadt, 5336
Zentrale: 0251 9729-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0251 9729-2085

Finanzamt Beckum, 5304
Zentrale: 02521 25-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02521 25-2202

Finanzamt Ibbenbüren, 5327
Zentrale: 05451 920-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05451 920-2271

Finanzamt Münster-Innenstadt, 5337
Zentrale: 0251 416-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0251 416-2511

Finanzamt Borken, 5307
Zentrale: 02861 938-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02861 938-2378 / -2239

Finanzamt Lüdinghausen, 5333
Zentrale: 02591 930-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02591 930-2042 / -2187

Finanzamt Recklinghausen, 5340
Zentrale: 02361 583-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02361 583-2240

Finanzamt Bottrop, 5308
Zentrale: 02041 691-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02041 691-2108

Finanzamt Marl, 5359
Zentrale: 02365 516-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02365 516-2733

Finanzamt Steinfurt, 5311
Zentrale: 02551 17-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02551 17-2318

Finanzamt Coesfeld, 5312
Zentrale: 02541 732-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02541 691-2716

Finanzamt Warendorf, 5346
Zentrale: 02581 924-0
Ansprechperson Ehrenamt:
02581 924-2240 / -2247

REGIERUNGSBEZIRK DETMOLD:

Finanzamt Bielefeld-Außenstadt, 5349
Zentrale: 0521 548-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0521 548-3734

Ansprechperson Ehrenamt:
05241 3071-2661

Finanzamt Minden, 5335
Zentrale: 0571 804-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0571 804-2179

Finanzamt Bielefeld-Innenstadt, 5305
Zentrale: 0521 548-0
Ansprechperson Ehrenamt:
0521 548-2114

Finanzamt Herford, 5324
Zentrale: 05221 188-0

Finanzamt Paderborn, 5339
Zentrale: 05251 100-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05251 100-2300 / -2456

Finanzamt Bünde, 5310
Zentrale: 05223 169-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05223 169-2548 / -2144

Finanzamt Höxter, 5326
Zentrale: 05271 969-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05271 969-2071

Finanzamt Warburg, 5345
Zentrale: 05641 771-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05641 771-2156 / -2161

Finanzamt Detmold, 5313
Zentrale: 05231 972-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05231 972-2022

Finanzamt Lemgo, 5329
Zentrale: 05261 253-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05261 253-2245

Finanzamt Wiedenbrück, 5347
Zentrale: 05242 934-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05242 934-2245

Finanzamt Gütersloh, 5351
Zentrale: 05241 3071-0

Finanzamt Lübbecke, 5331
Zentrale: 05741 334-0
Ansprechperson Ehrenamt:
05741 334-2138

Der WHB hat Ihnen eine Übersicht der westfälischen Finanzämter mit der jeweiligen zentralen Durchwahl und der Durchwahl zur Ansprechperson für gemeinnützige Vereine nach derzeitigem Stand und ohne Gewähr zusammengestellt. Aufgrund von personeller Fluktuation, Krankheits- und Urlaubsvertretung werden die Personen üblicherweise entsprechend der Praxis der Finanzämter nicht namentlich genannt. **(Stand: Februar 2024)**

ZUWENDUNGSEMPFÄNGERREGISTER ZUM 1. JANUAR 2024 GESTARTET

BUNDESZENTRALAMT FÜR STEUERN ERFASST GEMEINNÜTZIGKEITSSTATUS VON ORGANISATIONEN

Gemeinnützige Vereine sind auf Drittmittel angewiesen. Für erhaltene Zuwendungen dürfen sie Spendenquittungen ausstellen. Die Berechtigung hierzu ergibt sich aus dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes. Wenn eine Spendenbescheinigung vorliegt, sind Spenden für den Spendenden als Sonderausgabe steuerlich absetzbar. Nun soll das neue sogenannte Zuwendungsempfängerregister das Spendenverfahren unbürokratischer, transparenter und rechtssicherer gestalten. Als einfach zugängliche Informationsquelle für Spender und sonstige Zuwendungsgeber könnte es auch Ehrenamtlichen die Mittelbeschaffung erleichtern.

Bereits mit dem Jahressteuergesetz 2020 wurde die Einführung des sogenannten Zuwendungsempfängerregisters beschlossen. Zum Jahresbeginn 2024 ist es nun online gegangen und öffentlich einsehbar. Das Register wird zentral beim Bundeszentralamt für Steuern in Deutschland (BZSt) geführt und erfasst alle steuerbegünstigten Organisationen. Gelistet werden sowohl deutsche als auch ausländische Organisationen aus der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum. Damit kann jeder nachlesen, ob etwa ein Verein als gemeinnützig anerkannt ist und Zuwendungsbestätigungen (Spendenquittungen) ausstellen darf. Bisher war es Finanzämtern nicht gestattet, dahingehend Auskunft zu geben. Der Gemeinnützigkeitsstatus gilt nunmehr nicht mehr als Steuergeheimnis.

Die Finanzämter übermitteln folgende Daten und deren Änderungen an das Zuwendungsempfängerregister:

- Wirtschafts-Identifikationsnummer,
- Name,
- Anschrift,
- steuerbegünstigte Zwecke,

- zuständige Finanzbehörde,
- Datum der Erteilung des letzten Freistellungs- oder Feststellungsbescheides
- Bankverbindung

Mit dem frei zugänglichen Register wird zum einen angestrebt, erhöhte Transparenz zu schaffen sowie Missbrauch zu erschweren. Zum anderen dient das Zuwendungsempfängerregister der Digitalisierung des Zuwendungsnachweisverfahrens für Zwecke des Sonderausgabenabzugs und ist Ausgangspunkt für Anwendungen, mit denen Spendenbescheinigungen für Organisationen, Spendende und Steuerverwaltung künftig digital abgewickelt werden können. Es soll dadurch auch die Steuererklärung vereinfachen, indem keine Spendenquittung in Papierform mehr für den Steuerabzug erforderlich sein wird. Doch das ist noch Zukunftsmusik.

INFO

Das Register befindet sich derzeit noch im Aufbau. In einem ersten Schritt werden die Daten der inländischen Organisationen sukzessive übermittelt. Daher werden zum Start nicht sofort alle für das Zuwendungsempfängerregister berechtigten Organisationen angezeigt.

Steuerbegünstigte Körperschaften müssen für die Registrierung **nicht selbst aktiv** werden, sollten aber die Richtigkeit der Eintragung auf der Webseite überprüfen.

Die Organisationen erhalten in einer späteren Ausbaustufe die Möglichkeit, freiwillig Bankverbindungen zu Spendenkonten sowie Angaben zu der eigenen Webseite der Organisation in das Register einzupflegen.

Das Register ist auf der Website des BZSt zu finden unter: www.bzst.de/DE/Unternehmen/Gemeinnuetzigkeit/Zuwendungsempaengerregister/Zuwendungempaengerregister_node.html

„HANDREICHUNG GEDENKINITIATIVEN“ DES LWL-MUSEUMSAMTES FÜR WESTFALEN VERÖFFENTLICHT

UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN UND TIPPS FÜR ENGAGIERTE IN DER ERINNERUNGSKULTUR

Privatpersonen, Initiativen und Vereine, die sich der Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus widmen und an dessen Verbrechen und seine Opfer erinnern, haben lange Zeit nur geringe gesellschaftliche Anerkennung erfahren und mussten nicht selten gegen Widerstände und Abwehrhaltungen ankämpfen. Oft handelt es sich um lediglich lose Zusammenschlüsse von Geschichtsinteressierten, welche ihre wichtige Arbeit ehrenamtlich verrichten. Dabei nutzen diese berufliche Erfahrungen ihrer Mitwirkenden, zum Beispiel als Lehrkräfte, sind aber ansonsten offen für die Mitarbeit von Personen ohne besondere fachliche Vorbildung. So verankern sie das Gedenken in der Breite der Zivilgesellschaft und erbringen gerade dadurch einen unverzichtbaren Beitrag für die Gedenkkultur in Stadt und Region.

Dabei sind kleine Geschichtsinitiativen auf fachliche, organisatorische und finanzielle Unterstützung angewiesen. Für solche losen Gruppen fehlt es jedoch zumeist an übergeordneten Dachverbänden im Bereich Erinnerungskultur, die Hilfestellungen leisten könnten. Auch werden kleine Initiativen unterhalb der Vereinesebene oft nicht im vollem Umfang durch öffentliche Förderprogramme angesprochen. Und schließlich ist das Netz der bestehenden Unterstützungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene unübersichtlich.

Die neue Handreichung des LWL-Museumsamtes soll daher als ein erster Wegweiser dienen.

Das LWL-Museumsamt für Westfalen berät und unterstützt NS-Gedenkstätten in Westfalen-Lippe, die über die nationalsozialistische Gewaltherrschaft aufklären und an deren Opfer erinnern. Den NS-Gedenkstätten steht die gesamte Palette der Beratungs- und Serviceleistungen zur Verfügung. Das Museumsamt unterstützt beispielsweise bei der konzeptionellen Planung, der Realisierung von Ausstellungen oder hilft bei der Erfassung und Bewahrung von Sammlungsbeständen. Zudem be-

stehen auch Möglichkeiten der finanziellen Förderung durch das LWL-Museumsamt.

In fünf Handlungsfeldern – „Inhalte erforschen“, „Orte und Dinge bewahren“, „Menschen erreichen“, „Für gute Bedingungen sorgen“ und „Anerkennung finden“ – sowie dreizehn Unterkapiteln stellt die nun vorgelegte Handreichung die jeweils vorhandenen Strukturen in Westfalen-Lippe, beispielsweise auch den WHB e. V., vor. Im Anhang finden Sie Kontaktdaten zu einschlägigen Ämtern, Stiftungen und Verbänden. So sind für Vereine und Initiativen zur Gedenkkultur vor Ort als erste und wichtigste Ansprechpartner folgende Einrichtungen zu nennen:

- Kommunalarchive,
- ortsgeschichtliche Museen und Gedenkstätten,
- Einrichtungen der Heimatarbeit (Westfälischer Heimatbund e. V. als Dachverband),
- Bibliotheken,
- Untere (örtliche) Denkmalpflege,
- universitäre Einrichtungen und Forschungsstellen.

INFO

Neben den NS-Gedenkstätten engagieren sich Vereine, Initiativen und Privatpersonen für die Erinnerungskultur. Die 2024 erschienene **digitale „Handreichung Gedenkinitiativen“** gibt ihnen Hinweise zu Unterstützungsmöglichkeiten und listet Kontaktdaten auf.

www.lwl-museumsamt.de/de/beratung/gedenkstaettenarbeit/

LWL-Museumsamt für Westfalen

Ansprechperson Gedenkstätten und Erinnerungskultur:
Dr. Hauke-Hendrik Kutscher · Hauke.Kutscher@lwl.org



Grafik/ LWL-Museumsamt für Westfalen

BÜRGERHAUS PORTA WESTFALICA E. V.

Ziel des Vereins Bürgerhaus Porta Westfalica e. V. im Kreis Minden-Lübbecke ist es, mit dem Erhalt des Gebäudes des ehemaligen Hauses des Gastes die in der Stadt fehlende Möglichkeit zu schaffen, sich treffen zu können, um Kultur und Heimatpflege zu fördern und ein breites Spektrum an kulturellen Veranstaltungen anzubieten. Der Verein hat derzeit knapp über 200 Mitglieder. Das Haus des Gastes, das 1981 eingeweiht wurde und danach bis etwa 1998 für den Kurbetrieb der Stadt Porta Westfalica zur Verfügung stand, wurde im Zuge der Gesundheitsreformen und des Sterbens der Kurkliniken in seiner bisherigen Funktion nicht mehr benötigt. Für einige Jahre wurde das Haus vermietet, dann sollte es von der Kommune verkauft werden. Es bildete sich eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern, die das Haus als Bürgerhaus erhalten wollte. 2016 erwarb der Verein die Immobile samt Grundstück.

Seitdem sind mit Hilfe von Spenden ortsansässiger Firmen und Darlehen engagierter Bürgerinnen und Bürger umfangreiche Sanierungs- und Renovierungsarbeiten durchgeführt worden.

Der Verein finanziert sich selbst. Dazu dient neben den Mitgliedsbeiträgen auch das Vermietungskonzept. Das Gebäude und seine Nutzungsmöglichkeiten erfreuen sich großer Beliebtheit, sodass das Bürgerhaus regelmäßig als kulturelles Zentrum und Begegnungsstätte in vielfältiger Weise belebt wird.

Es findet eine große Bandbreite an Aktivitäten statt. Dies sind unter anderem Treffen und Versammlungen verschiedener Vereine, Organisationen, Unternehmen und Parteien sowie öffentliche Veranstaltungen wie Preisverleihungen und Informationsabende. Das Spektrum reicht von Geschichtsvorträgen, Lesungen und Theateraufführungen über Kino-Vorführungen. Kunstausstellungen, Gartenfeste und den Weihnachtsmarkt bis hin zu Sportkursen und musikalischen Aktivitäten wie Proben musikalischer Gruppen, Konzerte, Liederabende oder Klassenvorspiele der örtlichen Musikschule.



Grafik/ Bürgerhaus Porta Westfalica e. V.

Sommerliches Gartenfest mit Konzert auf dem Gelände des Bürgerhauses

Foto/ Christoph Lücking

KONTAKT

Bürgerhaus Porta Westfalica e. V.

Geschäftsführerin
Gerlinde Beuge-Schulz
Am Park 1
32457 Porta Westfalica
info@buergerhaus-porta.de
www.buergerhaus-porta.de

LÄUFT BEI UNS...!

Vereinstipp

... ZUR MITGLIEDERGEWINNUNG

VOM BÜRGERVEREIN BIEMENHORST E. V., BOCHOLT-BIEMENHORST, KREIS BORKEN

„Ein NEIN zur Mitgliedschaft haben wir immer, ein JA können wir bekommen!“ Getreu diesem Motto hat der im einwohnerstärksten Stadtteil Bocholts angesiedelte Bürgerverein Biemenhorst e. V. im Kreis Borken eine neue Möglichkeit zur Mitgliedergewinnung ausprobiert – und das mit Erfolg.

Der Vorstand erhielt in der Vergangenheit immer wieder die Rückmeldung, dass das Anmeldeverfahren zur Mitgliedschaft eine große Hürde darstelle, sich dem Verein anzuschließen.

Dann kam die zündende Idee. Die Potentiale der Digitalisierung sollten genutzt werden. Auf der Vereinswebseite wurde zunächst ein Online-Anmeldeformular eingerichtet. Um dieses gut auffindbar zumachen, wurde in einem zweiten Schritt ein QR-Code generiert, der direkt auf die Seite führt.

QR-Codes werden derzeit wieder stärker nachgefragt, da einfache Inhalte wie Anmelde- oder Umfrageverfahren, aber auch nähere Erläuterungen zu komplexeren Themen über den Code per Handykamera oder per Handy-App abrufbar sind. Viele kulturelle Institutionen und Vereine in Westfalen nutzen den QR-Code mittlerweile für die verschiedensten Zwecke.

Der Bürgerverein Biemenhorst verbreitet seinen QR-Code mit einem kurzen Infotext auf unterschiedlichen Kanälen. So ist der Code etwa in Plexiglasaufstellern bei Vereinsveranstaltungen, im Schaukasten des Bürgerzentrums sowie in den Informationen zur Mitgliedschaft präsent und liegt als Info-Flyer in diversen Geschäften in Bocholt aus. Auch der vom Verein jährlich ausgerichtete traditionelle Martinszug wird für die Mitgliederwerbung genutzt: Zum Ende des Umzuges erhält jedes

läuft bei uns...!



Kind eine Martinstüte, in der auch ein kleiner Flyer enthalten ist, der auf die Aktivitäten des Vereins samt QR-Code aufmerksam macht. Auf diese Weise sollen die Familien erreicht werden.

Die Engagierten des Vereins waren von der starken Resonanz dieser einfach umzusetzenden Methode positiv überrascht. Seitdem sind die Ehrenamtlichen stetig aktiv, um weitere Gelegenheiten zur Mitgliedergewinnung zu nutzen, die sich auftun.

Überlegen Sie auch, mit welchen Methoden Sie neue Mitglieder gewinnen können? Für die Generierung eines QR-Codes und eine funktionierende Verlinkung zur direkten Unterseite Ihrer Webseite, sollte sich möglichst eine Person des Vereins mit den technischen Grundanforderungen auskennen. Über eine Online-Recherche lassen sich entsprechende Plattformen finden, welche die Generierung eines QR-Codes auch gratis anbieten.



Zur Online-Mitgliederanmeldung
des Bürgervereins Biemenhorst e. V.
per QR-Code

INFO

In unserer neuen Rubrik „Läuft bei uns“ stellen wir Ihnen gut funktionierende Beispiele aus der Engagement-Praxis rund um Zielgruppenansprache, Mitgliedergewinnung und Vorstandsnachfolge vor. Manchmal sind es gerade die vermeintlich einfachen Ideen, die viel bewirken können. Wir freuen uns über die Meldung Ihrer Konzepte und Methoden!
Kontakt: sarah.pfeil@whb.nrw

„NACHHALTIG ENGAGIERT FÜR WESTFALEN“

VERANSTALTUNGSREIHE VON WESTFÄLISCHEM HEIMATBUND UND KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Nachhaltigkeit – der Begriff ist in aller Munde. Doch was genau verbirgt sich dahinter?

Der Westfälische Heimatbund e. V. und die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. gehen dieser Frage im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe nach. Gerade das bürgerschaftliche Engagement mit seiner Ausrichtung auf das Gemeinwohl ist selbst gelebte Nachhaltigkeit.

Was bedeutet dies ganz konkret für Ihren Verein, für Ihr Engagement?

- Sie setzen sich für Natur und Umwelt ein?
- Sie vermitteln generationenübergreifend Geschichte und Kultur, engagieren sich für den Erhalt von Denkmä-



Grafik/ Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

lern oder betreiben ehrenamtlich ein Museum?

- Vielleicht machen Sie sich aber auch für Daseinsvorsorge stark oder haben spannende Konzepte für das Zusammenleben vor Ort?

Kommen Sie mit uns ins Gespräch über mögliche praxisnahe Ansätze zur Nachhaltigkeit im Ehrenamt. Gemeinsam werden wir Projekte aus verschiedenen Handlungsfeldern kennenlernen und uns zu Gelingensfaktoren und Herausforderungen austauschen.

An den Veranstaltungstagen nehmen Sie innovative Lösungsansätze und neue Ideen für Ihr Engagement mit.

NACHHALTIG ENGAGIERT FÜR NATUR UND UMWELT

Montag, 11. März 2024, 12–16 Uhr

Biologisches Zentrum Kreis Coesfeld e. V.,
Rohrkamp 29, 59348 Lüdinghausen
mit den Partnern Biologisches Zentrum Kreis
Coesfeld e. V. und Heimatverein Darup e. V.

IMPULS: KOOPERATION ZWISCHEN UMWELTBILDUNGS- EINRICHTUNGEN UND HEIMATAKTEUREN

Als Umweltbildungseinrichtung und BNE-Regionalzentrum bietet das Biologische Zentrum (BZ) eine Fülle von Kooperationsveranstaltungen für unterschiedlichste Zielgruppen an. Im Impuls wird vorgestellt, wie eine

Kooperation zwischen Umweltbildungseinrichtungen und Heimatakteuren sinnvoll gestaltet werden kann.

WORKSHOP 1: FREIWILLIGE GEWINNEN ÜBER DAS FREIWILLIGE ÖKOLOGISCHE JAHR

Sie erfahren vom Biologischen Zentrum Kreis Coesfeld e. V., was gute Bedingungen für ehrenamtliches Engagement im FÖJ sind und wie auch Heimatvereine von freiwillig Engagierten im Freiwilligen Ökologischen Jahr profitieren können.

WHB-PROJEKTE

WORKSHOP 2: WIE AUS PROJEKTARBEIT EINE TRAGFÄHIGE GEMEINSCHAFT WIRD

In projektbezogenen Aktionen des Biologischen Zentrums Kreis Coesfeld e. V. sind zwei dauerhaft genutzte und über die Region hinaus gefragte Einrichtungen aufgebaut worden: der Fledermausbunker und das Bienenhaus. Sie erfahren, wie projektbezogenes Engagement verstetigt werden kann und wie Wissenstransfer überregional gestaltet wird.

WORKSHOP 3: SPIELERISCH NATUR ERKUNDEN – DER SCHULWANDERWEG IN NOTTULN-DARUP

Zusammen mit dem Naturschutzzentrum des Kreises Coesfeld e. V. und dem Heimatverein Darup e. V. hat der WHB einen Schulwanderweg eröffnet. Kultur und Natur mit allen Sinnen zu erfahren, draußen Altes und Neues zu entdecken liegt im Trend. Der Workshop zeigt, welche Perspektive das Thema Wandern für junge Zielgruppen eröffnet.

NACHHALTIG ENGAGIERT FÜR KULTUR

Mittwoch, 24. April 2024, 12–16 Uhr

Kulturbahnhof Rahden, Eisenbahnstraße 3, 32369 Rahden mit den Partnern Kreis Minden-Lübbecke und Kreis Herford sowie „Handwerk trifft Kultur“

IMPULS: MUSEUMSNEUGRÜNDUNG: TRACHTEN- UND TEXTILMUSEUM KIRCHLENGERN-REHMERLOH

Die Museumsinitiative Rehmerloh e. V. plant eine Museumsneugründung in einem translozierten Gebäude. Das alte Heuerlingshaus bietet Raum für Kleidung und Trachten aus 250 Jahren. Im Mittelpunkt des Impulses steht, wie die Neugründung einer musealen Einrichtung ressourcenschonend gelingen kann.

WORKSHOP 1: KULTURARBEIT MIT JUNGEN FREIWILLIGEN BEIM „STEMWEDER OPEN AIR“

Der Verein für Jugend, Freizeit und Kultur in Stewede e. V. veranstaltet seit 1976 jährlich mit 400 Ehrenamtlichen das Musikfestival „Steweder Open Air“. Lernen Sie kennen, wie Kulturangebote in einer ländlichen und strukturschwachen Region dauerhaft eingerichtet werden können.

WORKSHOP 2: VERMITTLUNGSARBEIT MIT ÜBERREGIONALEN PARTNERN: AUSSTELLUNG „EINIGE WAREN NACHBARN“

In Stewede erarbeiteten Engagierte zu der Wanderausstellung des United States Holocaust Memorial Museum einen lokalen Ausstellungsteil zum Nationalsozialismus im Alltag vor Ort. Sie erfahren, wie Heimatvereine Serviceangebote größerer Einrichtungen wie etwa Wanderausstellungen in die eigene Vermittlungsarbeit einbinden können.

WORKSHOP 3: „DIGITALER WERKZEUGKASTEN FÜR ENGAGIERTE IN DER KULTUR IN NRW“

Digitale Werkzeuge können die Vereinsarbeit erleichtern und neue Impulse für das Engagement geben. Im Projekt „Digitaler Werkzeugkasten für Engagierte in der Kultur in NRW“ erprobten Vereine aus städtischen und ländlich geprägten Kontexten gemeinsam mit jungen Engagierten dies für den Vereinsalltag. Sie erhalten praxisnahe Tipps aus dem Kooperationsprojekt.

Anmeldung per E-Mail an:

anna.kopetsch@whb.nrw

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist kostenlos.

Das ausführliche Programm und der zeitliche Ablauf finden sich unter: www.whb.nrw/de/veranstaltungen/tagungen/



„DAS SPRECHENDE DENKMAL“ – PODCASTS ERWECKEN WESTFÄLISCHE BAUDENKMÄLER ZUM LEBEN

WHB UND WESTLOTTO GEBEN BAUKULTURELLEN ZEUGNISSEN EINE STIMME

Zum zweiten Mal bringen WestLotto und Kooperationspartner Westfälischer Heimatbund e. V. (WHB) fünf westfälische Denkmäler zum Sprechen. In der beliebten und inzwischen preisgekrönten Podcast-Reihe „Das Sprechende Denkmal“ erzählen die Radrennbahn in Bielefeld, der Malakoffturm Prosper II in Bottrop, der Burgturm in Davensberg, die Plaggen Mühle in Döhren und der Bahnhof in Neubeckum ihre ganz eigene Geschichte.

Vor Ort angebrachte Plaketten mit QR-Codes lassen die aus rund 50 Vorschlägen ausgewählten Denkmäler erfahrbar werden.

Abrufbar sind die Podcasts zudem auf der Webseite www.sprechendes-denkmal.de, welche 2020 von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz und WestLotto initiiert wurde, sowie auf allen gängigen Podcast-Plattformen. Dort haben bisher insgesamt 48 Denkmäler aus ganz Nordrhein-Westfalen in jeweils zwei- bis fünfminütigen Beiträgen einen Platz gefunden.

In den Mini-Podcasts erzählen die Denkmäler ihre eigene Geschichte in informativ-unterhaltenden Audiobeiträgen aus der Ich-Perspektive. Damit können die Hörerinnen und Hörer unmittelbar in die Geschehnisse eintauchen und ein eindrückliches Gefühl des historischen Umfeldes sowie der Lebensumstände früherer Zeiten erhalten. Als niedrigschwelliges Format verdeutlichen die Geschichten eindrucksvoll, warum uns die ausgewählten Denkmäler auch heute noch viel über unsere Werte und Haltungen zu sagen haben.

Die Podcasts sind abrufbar unter:
www.sprechendes-denkmal.de/



RADRENNBAHN BIELEFELD, BIELEFELD



Foto/ ©Luftbild Foto Jan Witthus

„ Die 1953 eröffnete Radrennbahn Bielefeld ist die einzige fugenlose Spannbetonbahn in Deutschland und damit ein lebendiges Zeugnis einzigartiger Baukunst. Konzipiert wurde die 333,33 Meter lange Bahn von dem Architekten Clemens Schürmann, der sich auf den Rennbahnbau spezialisiert hatte. Im Laufe der Jahre wurde die Bahn für viele Zwecke genutzt, so fanden neben Sportevents auch Konzerte und andere Großveranstaltungen statt.

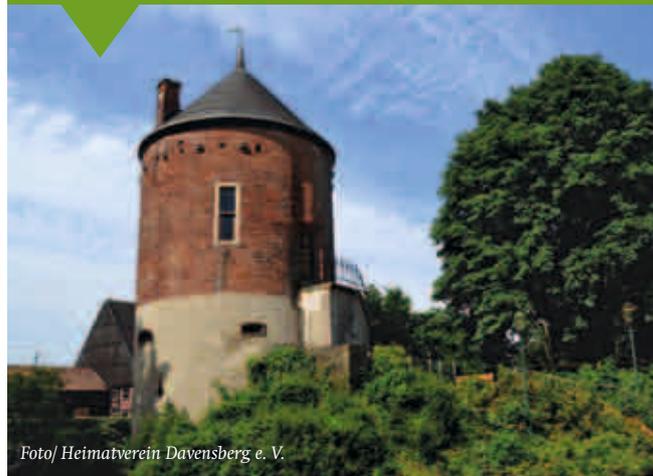
MALAKOFFTURM PROSPER II, BOTTRUP



Foto/ Pressestelle Stadt Bottrop

Der Malakoffturm Prosper II wurde von 1874 bis 1875 auf dem ehemaligen Zechengelände in Bottrop erbaut und ist heute das älteste Industriedenkmal Bottrops. Der 30 Meter hohe Turm transportierte bis zur Einstellung der Kohlegewinnung auf Prosper II im Jahr 1974 Bergleute in bis zu 813 Meter Tiefe. Technisch einzigartig ist der Turm durch das Ensemble aus gemauertem Förderturm und eingezogenem Fördergerüst.

BURGTURM DAVENSBURG, ASCHEBERG-DAVENSBERG, KREIS COESFELD



Foto/ Heimatverein Davensberg e. V.

Der vermutlich um 1530 errichtete Burgturm beinhaltet ein Kaminzimmer, ein Gefängnis und ein Verlies mit Folterkammer. Diese wurde während der Hexenverfolgung genutzt, denn Davensberg war der Sitz des Gogerichts zu Werne. Nach der Zerstörung Davensbergs im Dreißigjährigen Krieg und Jahren des Zerfalls wurden im vorigen Jahrhundert Restaurierungsarbeiten begonnen und der Turm der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

PLAGGEN MÜHLE, PETERSHAGEN-DÖHREN, KREIS MINDEN-LÜBBECKE



Foto/ Burkhard Ehlerding

Die Plaggen Mühle im Ortsteil Döhren in Petershagen wurde vermutlich im Jahr 1751 als Getreidemühle erbaut. Mithilfe von Wasserkraft spielte die Plaggen Mühle über viele Generationen eine zentrale Rolle in der Nahrungsmittelproduktion und -versorgung der Region. Nach aufwendiger Restaurierung in den 1980er-Jahren wurde die Mühle in ein Kulturdenkmal verwandelt und zeigt heute Besuchenden die Technologie, mit der früher Getreide zu Mehl verarbeitet werden konnte.

BAHNHOF NEUBECKUM, BECKUM-NEUBECKUM, KREIS WARENDORF



Foto/ Stadt Beckum

Der Bahnhof Neubeckum an der Bahnstrecke Köln – Minden wurde im Jahr 1847 an den „regelmäßigen“ Eisenbahnverkehr angeschlossen und ermöglichte somit im Zuge der Industrialisierung die Anbindung an das Ruhrgebiet. Dort wurden die großen Kalkvorkommen in der Region Beckum wirtschaftlich genutzt. Im Jahr 1918 wurde nach großer Kritik an der alten Empfangshalle ein neues Bahnhofsgebäude errichtet, welches seit 1991 unter Denkmalschutz steht.

NEUE WHB-PUBLIKATIONEN

Die Westfälischen Kunststätten sind wie auch die Technischen Kulturdenkmale in Westfalen eine vom Westfälischen Heimatbund e. V. in Verbindung mit der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen herausgegebene Kunstführerreihe, gefördert von der NRW-Stiftung.

Die Publikationen informieren kompetent und reich bebildert über ortsbildprägende Gebäude, einzelne Ortschaften sowie industrie- und technikgeschichtliche Zeugnisse in Westfalen.



ELISABETH HEMFORT

HERZ-JESU-KIRCHE IN DORSTEN-DEUTEN

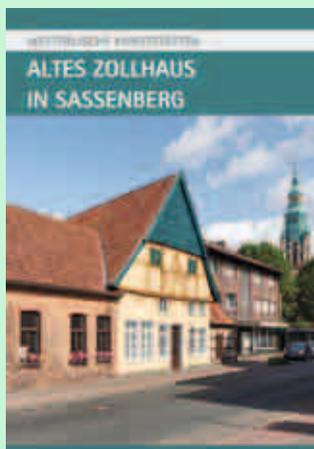
Hemfort, Elisabeth: Herz-Jesu-Kirche in Dorsten-Deuten.
Münster 2023 (Westfälische Kunststätten; Heft 130).
54 S., Abb., ISSN: 0930-3952, 4,60 €
(WHB-Mitglieder als Jahresgabe,
Mitgliederrabatt für weitere Ausgaben: 20 Prozent).

Grafik/ ViO design & kommunikation

Die 130. Ausgabe der Reihe „Westfälische Kunststätten“ stellt die Herz-Jesu-Kirche in Dorsten-Deuten im Kreis Recklinghausen vor. Deren Geschichte nahm ihren Anfang 1910 mit der Gründung eines Kirchbauvereins, als die ansässige Landbevölkerung den Wunsch hatte, eine Deutener Kirche zu errichten. Die zum Kirchspiel Wulfen gehörenden Deutener mussten lange Wege auf sich nehmen, um die Messen von St. Marien in Hervest, St. Laurentius in Lembeck oder St. Matthäus in Wulfen zu erreichen. Trotz eingehender Spenden wurden die Kirchbaupläne aber zunächst vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges und den anschließenden Notjahren der Weimarer Republik verhindert. 1920 konnte eine ausrangierte sogenannte Barackenkirche aus dem aufgegebenen Gefangenenlager in Dülmen erworben werden, um die sich unter dem Wirken von Pfarrer Gustav Conermann (1855–1942) aus Wulfen reges Gemeindeleben entwickelte. Der Gemeinde gelang es inmitten des Zweiten Weltkriegs Dominikus Böhm (1880–1955), einen zu dieser Zeit führenden katholischen Kirchenbaumeister, für das geplante Bauvorhaben zu gewinnen.

Nach einer Einführung in die Siedlungsgeschichte Deutens werden die Hintergründe und Herausforderungen von der Entstehung der Barackenkirche bis zum Bau der Herz-Jesu-Kirche während des Zweiten Weltkrieges beschrieben. Dr. Elisabeth Hemfort hebt die typischen architektonischen Baumerkmale Böhms wie das Pyramidendach des Turms sowie die massiven Außenwände des Kirchbaus hervor. Ein weiterer Abschnitt behandelt die baulichen Besonderheiten der dreiteiligen Pfeilerhalle und die auf den Altar ausgerichtete Raumkomposition und Lichtführung innerhalb der Kirche.

Die schlichte und funktionale Kirchengestaltung, die farbigen Bleiglasfenster, der Kreuzweg, die Madonnenfigur, der Tabernakel, die schmiedeeisernen Apostelleuchter sowie der steinerne Taufstein aus Travertin werden ebenfalls thematisiert. Abschließend zieht die Autorin ein Fazit zur 80-jährigen Kirchengeschichte. Die Fotografien stammen von Andreas Lechtape, das historische Bildmaterial wurde zumeist aus dem Nachlass des Architekturbüros Paul Böhm und Beständen des Pfarrarchivs Herz-Jesu Dorsten-Deuten zur Verfügung gestellt.



FRED KASPAR, JOSEF LUTTERBECK, LAURENZ SANDMANN UND CHRISTIAN STEINMEIER

ALTES ZOLLHAUS IN SASSENBERG

Kaspar, Fred/Lutterbeck, Josef/Sandmann, Laurenz/Steinmeier, Christian:
Altes Zollhaus in Sassenberg.

Münster 2023 (Westfälische Kunststätten; Heft 131).

62 S., Abb., ISSN: 0930-3952, 5,20 €

(WHB-Mitglieder als Jahresgabe,

Mitgliederrabatt für weitere Ausgaben: 20 Prozent).

Grafik/ ViO design & kommunikation

In Heft 131 der „Westfälischen Kunststätten“ steht die wechselvolle Geschichte des Alten Zollhauses in Sassenberg im Kreis Warendorf im Mittelpunkt. Das auf den ersten Blick bescheidene, giebelständige Fachwerkhaus von 1734 erweist sich bei genauerer Betrachtung als Dokument einer bewegten und ungewöhnlichen Geschichte im Sassenberger Ortskern. Es zeugt von der besonderen Entwicklung, die Sassenberg im 17. und 18. Jahrhundert als fürstbischöfliche Nebenresidenz erlebte und zugleich von einer folgenden Phase tiefer wirtschaftlicher Regression.

Im ersten Teil der Publikation gibt Dr. Fred Kaspar einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung Sassenbergs, ausgehend vom 13. Jahrhundert über den systematischen Ausbau der Siedlung ab dem 17. Jahrhundert bis zum Ende der fürstbischöflichen Einflussnahme durch die Besetzung Preußens im Jahr 1802. Anschließend wird die wechselvolle Nutzungsgeschichte des ursprünglichen Bürgerhauses bis zur Entstehung des Zollhauses (1890–1906) beschrieben.

Im zweiten Teil der Publikation geht Laurenz Sandmann auf die Entwicklungsgeschichte des Fachwerkhäuses samt seiner Nebengebäude ein. Die Gebäude änderten sich in ihrer Gestalt und inneren Aufteilung im 19. Jahrhundert grundlegend.

Vor allem durch den ehrenamtlichen Einsatz des Vereins Stadtprojekt Sassenberg e. V., der sich seit 2005 für den Erhalt des Alten Zollhauses stark machte, konnte der Abriss des Gebäudeensembles verhindert werden. Erläutert werden die Umnutzungsstrategien, die die heutige Nutzung als Baudenkmal, Museum und Begegnungsstätte ermöglichen. Dr.-Ing. Christian Steinmeier beschreibt im Anschluss die umfangreichen Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen, die seit der Rettung des Gebäudeensembles durch die Expertise der amtlichen Denkmalpflege begleitet wurden.

Abschließend würdigt Josef Lutterbeck das Leben und Werk des um 1900 bekannten Sassenberger Bildhauers Joseph Uphues, welches in einer Dauerausstellung im Zollhaus präsentiert wird. Die Fotografien stammen bis auf wenige Ausnahmen von Andreas Lechtape.

FORSCHUNGS- UND VERMITTLUNGS- PROJEKT RUND UM DIE HISTORIE DES WHB

GESCHICHTE DES HEIMATMACHENS IM GESELLSCHAFTLICHEN WANDEL

Der Westfälische Heimatbund prägt „Heimat“ seit über 100 Jahren. In seiner Geschichte bündelt sich der gesellschaftliche Wandel in Westfalen wie unter einem Brennglas. Im Forschungs- und Vermittlungsprojekt „Der Westfälische Heimatbund im 20. und 21. Jahrhundert: Heimatmachen im gesellschaftlichen Wandel zwischen 1915 und 2025“ arbeitet der Westfälische Heimatbund jetzt in Kooperation mit dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte seine Historie auf. Das Projekt wird von der LWL-Kulturstiftung im Rahmen ihres für das Jahr 2025 festgelegten Schwerpunktes „1.250 Jahre Westfalen“ gefördert.

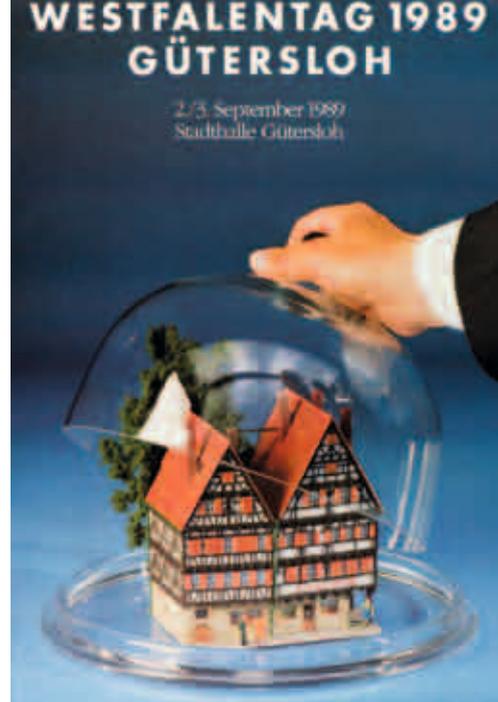
Ausgangspunkt des Vorhabens ist eine Aufarbeitung der Geschichte des WHB über einen weiten Zeitraum mit gesellschaftlicher Tiefenschärfe. Die Institutionengeschichte des Heimatbundes wird somit in die Gesellschaftsgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts eingebettet. An der Arbeit des WHB lassen sich Kontinuitäten und Brüche des „Heimat“-Verständnisses ebenso zeigen wie der Wandel von Raumbezügen und Gruppenzugehörigkeit, von Teilhabe, bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt, vom Verhältnis zwischen Stadt und Land, zwischen Natur und Mensch, zwischen Westfalen und der Welt. Der zeitlich weite Horizont ermöglicht überdies eine Einordnung des WHB in Wandlungsprozesse Westfalens, die das Wirken des Heimatbundes prägten, aber ebenso umgekehrt. Die Koordination von Programmen und Praktiken vieler Heimatvereine eröffnet Einblicke in das „Heimatmachen“ vor Ort.

Das dreijährige Vorhaben versteht sich dezidiert als Vermittlungsprojekt, das zu einer interaktiven Auseinandersetzung mit einem Stück westfälischer Geschichte und Perspektiven von Heimat und ihrem Wandel einlädt.

Geleitet wird das Projekt von Katharina Hugo. Hugo ist wohnhaft in Bochum und hat Geschichte und Gender Studies studiert. Im Rahmen ihrer Masterarbeit widmete sie sich Heimat- und Dorfbüchern sowie Gemeindechro-

**Plakat zur Bewerbung des
Westfalentages von 1989
in der Stadthalle Gütersloh**

Foto/ A. Neier



niken in der Zeit des Nationalsozialismus. Zuletzt war sie Mitarbeiterin im feministischen Archiv „ausZeiten“ im Rahmen vom Digitalen Deutschen Frauenarchiv (DDF) geförderten Digitalisierungsprojekts „Frauen auf der Spur. Geschichtswissenschaft und Public History in und aus der Zweiten Frauenbewegung“.

Über unterschiedliche Kanäle sollen die Wissensinhalte an ein breites Publikum herangetragen werden. 2025 startet eine mobile Rollup-Ausstellung begleitet von einer Online-Präsentation und weiteren digitalen Angeboten. Eine Veröffentlichung in der Handreichungsreihe des WHB ist ebenso vorgesehen wie ab 2026 eine vertiefende wissenschaftliche Publikation in der Reihe des Instituts für westfälische Regionalgeschichte.

Im Rahmen verschiedener interaktiver und interdisziplinärer Austauschformate sollen die Perspektiven unterschiedlicher Akteure aus Praxis und Wissenschaft einbezogen werden.

KONTAKT

Katharina Hugo
Wissenschaftliche Referentin
LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte
Karlstr. 33 · 48147 Münster
0251 591-5685 · katharina.hugo@lwl.org

Das Projekt wird gefördert von:



67. WESTFALENTAG 25. MAI 2024 IN SIEGEN

67. WESTFALENTAG – HEIMAT BRAUCHT HALTUNG

Gemeinsam mit dem Heimatbund Siegerland-Wittgenstein e. V. laden wir Sie zum diesjährigen **67. Westfalentag am 25. Mai 2024** nach Siegen ein. Das große kulturelle und kulturpolitische Forum des WHB, das in jährlicher Folge in wechselnden Städten Westfalens stattfindet, bringt Aktive aus der westfälischen Engagementlandschaft, die sich tagtäglich für Kultur, Natur und lebenswerte Orte stark machen, zusammen.

In diesem Jahr möchten wir den Westfalentag mit Ihnen unter dem **WHB-Jahresschwerpunkt „Heimat braucht Haltung – Engagement für Zusammenhalt und Demokratie“** zu einem Fest der Demokratie werden lassen. Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Sie lebt davon, dass Menschen sie aktiv gestalten und für sie eintreten. Heimatengagement ist Demokratiearbeit im besten Sinne. Es stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, befördert das Gemeinwohl und trägt zur Verständigung bei. Heimat ist eine Solidargemeinschaft. Bürgerschaftliches Engagement übernimmt eine wichtige Rolle bei der Demokratiebildung.

Gerade in Zeiten, in welchen in Teilen der Gesellschaft das Zutrauen in die eigene Selbstwirksamkeit und das Vertrauen in die Demokratie schwindet, müssen wir Ehrenamt stärken und zugleich Haltung zeigen für Heimat – eine Heimat, die durch Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn geprägt ist.

Vormittags bietet der Westfalentag ein **Bühnenprogramm zum Tagungsthema** in der Siegerlandhalle begleitet von einem **Markt der Möglichkeiten** im Foyer. Für die **Festrede** konnte **Bundespräsident a. D. Christian Wulff** gewonnen werden. Nachmittags besteht nach einem gemeinsamen Mittagessen die Gelegenheit, bei **Exkursionen** die vielfältigen Facetten Siegens kennenzulernen oder sich in einem **Workshop** zur Geschichte der Heimatbewegung auszutauschen. Der Tag schließt mit einem Get-together bei Kaffee und Kuchen.

Das detaillierte Programm wird Ihnen rechtzeitig zugehen. Zu den Möglichkeiten eines gemeinschaftlichen Bustransfers sowie zu den Optionen für Infostände wird nochmals gesondert informiert.



Foto/Martin – stock.adobe.com

WESTFALEN-AKADEMIE

EINE KOOPERATION VON STIFTUNG WESTFALEN-INITIATIVE,
WESTFÄLISCHEM HEIMATBUND E. V., LAGFA NRW E. V. UND
LANDESWANDERVERBAND NRW E. V.

Seminare für Vereine und Gemeinnützige

Mittwoch, 6. März 2024, ab 17 Uhr, digital

FUNDRAISING FÜR VEREINE

Quellen, Instrumente, Konzepte und Strategien des Fundraisings

Referent: Hugo Pettendrup,
HP FundConsult

Donnerstag, 7. März 2024, 16–20 Uhr,
Präsenz, Geschichtsort Villa ten Hompel,
Münster

VEREINE UNTER DRUCK: UMGANG MIT DEMOKRATIEFEINDLICHEN TENDENZEN VON INNEN UND AUSSEN

Handlungsoptionen für Vereine in der Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Akteuren und deren Strategien

Referenten: Elias Grondmann und Marie Fath, mobim (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster)

Donnerstag, 18. April 2024, ab 17 Uhr, und Donnerstag, 25. April 2024, ab 17 Uhr, digital

DATENSCHUTZ FÜR VEREINE – WESTFALEN-AKADEMIE NACHGEFRAGT (ZWEITEILIG)

Erster Teil: wichtige Aspekte zum Thema Datenschutz für Vereine

und gemeinnützige Organisationen
Zweiter Teil: Zeit für spezielle Fragen und Austausch zum Thema

RA Michael Kissler,
Kanzlei Winheller

Donnerstag, 23. Mai 2024, ab 17 Uhr, digital

EHRENAMTLICHE TEAMS FÜHREN

Grundlagen der Teamstrukturen, Teamdynamik und ehrenamtliche Zusammenarbeit

Ina Enseroth, Kommunikationsberatung Funfair & Ice

Dienstag, 28. Mai 2024, ab 17 Uhr, und Dienstag, 4. Juni 2024, ab 17 Uhr, digital

URHEBERRECHT FÜR VEREINE UND GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN – WESTFALEN-AKADEMIE NACHGEFRAGT (ZWEITEILIG)

Erster Teil: alle wichtigen und praxisrelevanten Fragen zum Thema Urheberrecht für Vereine und gemeinnützige Organisationen
Zweiter Teil: Zeit für spezielle Fragen und Austausch zum Thema

RA Wilhelm Achelpöehler, Kanzlei Meisterernst Düsing Manstetten

Mittwoch, 12. Juni 2024, ab 17 Uhr, und Mittwoch, 19. Juni 2024, ab 17 Uhr, digital

SICHERE VERANSTALTUNGSORGANISATION – WESTFALEN-AKADEMIE NACHGEFRAGT (ZWEITEILIG)

Erster Teil: wichtige Aspekte zum Thema Veranstaltungsorganisation
Zweiter Teil: Zeit für spezielle Fragen und Austausch zum Thema

RA Thomas Waetke, EVENTFAQ

Dienstag, 25. Juni 2024, ab 17 Uhr, digital

EINFÜHRUNG IN DAS KRISEN-MANAGEMENT FÜR VEREINE

Grundlagen des Krisen- und Notfallmanagements für Vereine

Thomas Seidenberg, ts | medialog

**DIE ANMELDUNG
ZU DEN VERANSTALTUNGEN
DER WESTFALEN-AKADEMIE
ERFOLGT UNTER:
WWW.WESTFALEN-AKADEMIE.NRW/**

PRAXIS-SEMINAR „BARRIEREFREIES NATURERLEBEN UND WANDERN“ AM 18. APRIL 2024

KOOPERATIONSVERANSTALTUNG DES LWL-NATURFONDS MIT DEM WHB UND DER NABU-NATURSCHUTZSTATION MÜNSTERLAND

Wer in der Natur mit Gruppen unterwegs ist, stößt irgendwann auf Barrieren, die es mobilitätseingeschränkten Interessierten schwer oder gar unmöglich machen, aktiv teilzunehmen.

Welche Barrieren können das sein? Wie fühlt sich das für die betroffenen Personen an? Wie kann man als Leitung einer Exkursion oder Wanderung damit bei der Planung und vor Ort umgehen? Welche Informationen könnten im Vorfeld bereits im Veranstaltungstext nützlich sein? Welche gegebenenfalls auch kleinen Maßnahmen können Verbesserungen herbeiführen? Wo gibt es nachahmenswerte Beispiele?

Die Zielgruppe dieses Seminars sind Multiplikatoren, die Wandergruppen begleiten oder als Natur- und Landschaftsführerinnen und -führer aktiv sind, sowie weitere Interessierte aus dem Themenfeld von Naturerleben und Wandern.

Im Seminarteil werden Dr. Kai Pagenkopf und Sandy Hamer von der Firma NeumannConsult in das Thema einführen und erste Denkanstöße und Umsetzungsansätze vermitteln. Mit ihrer Expertise auf den Feldern „Barrierefreiheit & Design für Alle“ fertigen sie Gutachten an, sensibilisieren Leistungsträger und qualifizieren Mitarbeitende.

Auch im sich anschließenden Exkursionsteil zum barrierefreien Naturerlebnisgebiet Haus Heidhorn in Münster-Hiltrup gemeinsam mit dem Team von der NABU-Naturschutzstation Münsterland e. V. kann mit den Expertinnen und Experten über Erfahrungen diskutiert werden.

Elke Happe

Weitere Informationen zur Veranstaltung sind aufrufbar unter: www.lwl-naturfonds.de/de/veranstaltungen/barrierefreies-naturerleben-und-wandern-18042024/

Hintergrundfoto/ Ulrike Steinkrüger



Schmetterlingsstation im barrierefreien Naturerlebnisgebiet Haus Heidhorn in Münster-Hiltrup

Foto/ C. Knauff-Pieper

INFO

Praxisseminar „Barrierefreies Naturerleben und Wandern“

Veranstalter: Kooperationsveranstaltung des LWL-Naturfonds mit dem Westfälischen Heimatbund e. V. und der NABU-Naturschutzstation Münsterland e. V.

Treffpunkt: 18. April 2024, 16:30 Uhr im Sitzungssaal der Stadthalle Hiltrup, Ende gegen 20:00 Uhr am Haus Heidhorn in Hiltrup

Anmeldung: Aufgrund begrenzter Teilnehmendenzahl wird bis zum 17. März 2024 um Anmeldung gebeten: elke.happe@lwl.org

Hintergrund: Das Wanderwegenetz im Münsterland

Der WHB betreut ein circa 3.500 Kilometer umfassendes Wanderwegenetz im Münsterland. Das abwechslungsreiche Streckennetz gliedert sich in 25 Hauptwanderwege, die die Orte in der malerischen Münsterländer Parklandschaft und in den Höhen des Teutoburger Waldes miteinander verbinden. Verbindungswege, Kurzstrecken und Rundwanderwege ergänzen das Angebot. Rund 60 ehrenamtliche Wegemarkiererinnen und -markierer sorgen stets für wandersichere Routen.

Weitere Informationen unter: www.whb.nrw.de/wanderwege/
Kontakt: wanderwege-muensterland@whb.nrw

SCHULKLASSEN BEGEGNEN GEFLÜCHTETEN IM UNTERRICHT AUF AUGENHÖHE

KIDS & WELCOME E. V., HAMBURG

Das mittlerweile abgeschlossene Projekt „WALK IN MY SHOES“ des Kids & Welcome e. V. hat Schulklassen ab der 5. Klassenstufe Begegnungen mit Geflüchteten ermöglicht. Der Titel des Projekts „WALK IN MY SHOES“ (deutsch: Laufe in meinen Schuhen) ist ein englisches Sprichwort dafür, sich in die Situation einer anderen Person zu versetzen. Ganz nach diesem Motto kamen die Kulturvermittler Ayoub aus Iran und Mohammad aus Syrien begleitet von einer Pädagogin in Klassen und berichteten dort von ihrer Flucht und dem Ankommen in Deutschland. In Rollenspielen und Miniworkshops erlebten die Schülerinnen und Schüler die Herausforderung, sich in einem neuen Land behaupten zu müssen. So saßen die Kinder beispielsweise einem Arzt gegenüber, der kein Wort Deutsch versteht oder mussten ihren Fluchtrucksack packen und dafür aus 30



Foto/ Kids & Welcome e. V.

Gegenständen acht auswählen. Die Kinder konnten Fragen stellen und lernten spielerisch und interaktiv, dass jede Fluchtgeschichte so individuell ist wie der Mensch, der sie erlebt hat.

Heute bietet der Verein Kids & Welcome e. V. unter anderem Programme und Aktionen wie traumasensible Kreativ- und Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche in Hamburger Unterkünften für geflüchtete Menschen an, stellt Schulerstausrüstung und ermöglicht Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung.

„POLITIK ZUM ANFASSEN“ – VEREIN ORGANISIERT GESPRÄCHSREIHE

FÖRDERVEREIN JAHMO E. V., WITTENBERG, SACHSEN-ANHALT

Der Förderverein Jahmo e. V. fördert das Dorfgemeinschaftsleben in dem kleinen Ortsteil Jahmo der Lutherstadt Wittenberg und hat im Rahmen des Wettbewerbs „Land in Aktion“ des Dachverbandes der Kulturfördervereine in Deutschland e. V. (DAKU) im Jahr 2023 eine dreiteilige Gesprächsreihe mit dem Titel „Politik zum Anfassen“ organisiert, um Informationslücken zu schließen und politische Entscheidungen verständlicher und zugänglicher zu machen. Durch den unmittelbaren Kontakt und das direkte Gespräch können Verfahren und komplexe Zusammenhänge, die im Landtag oder Bundestag verhandelt und entschieden werden, besser nachvollziehbar gemacht werden.

Beim ersten Termin thematisierten Autor Peter Bierl und Autorin Sarah Käsmayr vom Maro Verlag die Folgen gezielter Verbreitung von Falschinformationen. Beim zweiten Termin sprach der Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung, Marc Rath, über die Rolle des Journalismus bei

der Vermittlung von komplexen Themen. Letzter Gast der Reihe war Sepp Müller, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Dessau-Wittenberg. Er gab einen Einblick in seine Arbeitswoche und aufwendige Verfahren im Parlament. Jedem Beitrag folgte eine lebhafte Diskussion im Dorfgemeinschaftshaus „Erna“ des Fördervereins. Auch im neuen Jahr will der Verein Veranstaltungen zu gesellschaftspolitischen Themen anbieten.

In der Gesprächsreihe des Fördervereins Jahmo war der Chefredakteur der Mitteldeutschen Zeitung, Marc Rath (rechts), zu Gast.

Foto/ Corinna Nitz © Mitteldeutsche Zeitung



HIDDEN CODES – DIGITALES LERNSPIEL ZUR PRÄVENTION VON RADIKALISIERUNG IM NETZ

BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK, DIGITAL

Die Bildungsstätte Anne Frank hat mit dem Projekt „HIDDEN CODES“ (deutsch: versteckte Codes) ein Spiel für das Smartphone entwickelt, welches sich dem Thema Radikalisierung im Netz widmet. Die App befähigt junge Menschen spielerisch dazu, problematische Inhalte oder Aussagen zu erkennen und kompetent darauf zu reagieren. Dazu werden sie in eine simulierte Social-Media-Umgebung befördert, in der die Spielerinnen und Spieler chatten, Profile durchstöbern und auf Beiträge und Kommentare anderer Nutzerinnen und Nutzer reagieren. Dadurch werden die Spielenden darüber informiert, wie radikale Gruppen digitale Medien nutzen, um für ihre Zwecke zu mobilisieren, welche politischen Codes und Verschwörungsmymen im Netz verbreitet werden und was getan werden kann, wenn sich jemand im Umfeld radikalisiert. In einzelnen Episoden werden spezifische Themen und Elemente rechter und islamistischer Radikalisierung beleuchtet.



Grafik/ Bildungsstätte Anne Frank

Das Spiel ist sowohl für die Betriebssysteme Android und IOS als auch als Browser-Version verfügbar und kann für den Schulunterricht oder andere außerschulische Bildungsangebote für Jugendliche ab 14 Jahren genutzt werden. Dafür sollte vor der Nutzung mit Jugendgruppen eine kostenlose Online-Fortbildung zum Spiel besucht werden, bei der Informationen und Begleitmaterial zur Verfügung gestellt werden. Weitere Informationen unter: www.hidden-codes.de/index.php

STRATEGISCHE PROZESSFÜHRUNG FÜR GRUND- UND MENSCHENRECHTE

GESELLSCHAFT FÜR FREIHEITSRECHTE E. V., BERLIN

Die Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V. (GFF) wurde 2015 mit Sitz in Berlin als gemeinnütziger Verein gegründet und hat es sich zum Ziel gemacht, Grund- und Menschenrechte in Deutschland und Europa mit rechtlichen Mitteln zu verteidigen. Dazu nutzt die GFF strategische Gerichtsverfahren und juristische Interventionen wie Stellungnahmen, Studien und Gesetzesentwürfe. Mit ihrer strategischen Prozessführung für Grund- und Menschenrechte leistet die GFF in Deutschland Pionierarbeit. Die GFF wählt dafür Fälle aus, die Signalwirkung über den Einzelfall hinaus haben und erstreitet Präzedenzurteile. Diese spielen vor deutschen wie europäischen Gerichten eine entscheidende Rolle, da sie richtungsweisend als Maßstab dienen. Die ausgewählten Fälle begleitet die GFF mit juristischer Expertise sowie mit einer aktiven, informationsorientierten

Öffentlichkeitsarbeit, um Fakten korrekt und verständlich darzustellen sowie um breite Aufmerksamkeit für das Thema zu schaffen.

Aktuell befasst sich die GFF mit den drei Schwerpunktbereichen „Demokratie und Grundrechte“, „Freiheit im digitalen Zeitalter“, „Gleiche Rechte und Soziale Teilhabe“. Finanziert wird die GFF dabei durch Beiträge von Fördermitgliedern und Spenden.

Foto/ Gesellschaft für Freiheitsrechte e. V.



METHODENKOFFER GEGEN RASSISMUS: „DIY – SCHÜLER-DEMONSTRATION“

MATTHIAS FLÜß, KOFFERPROJEKTE21, KAMEN, KREIS UNNA



Mit der Plattform www.Kofferprojekte21.de bietet Matthias Flüß inzwischen verschiedene Methodenkoffer zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN für Kinder und Jugendliche an.

Foto/ Matthias Flüß

An der Gesamtschule Recklinghausen-Suderwich organisieren seit 2018 jährlich Schülerinnen und Schüler eine Demonstration gegen Rassismus. Die Schülerinnen und Schüler eignen sich zunächst das nötige Wissen zu Theorie und Praxis des Grundgesetzes sowie zu Diskriminierung

an. Daraufhin folgt die Organisation der Demonstration, welche in mehreren Projektgruppen stattfindet. So müssen die Schülerinnen und Schüler die Wegstrecke planen und anmelden, ein Vorprogramm aufstellen und für die Veranstaltung werben. Im Jahr 2022 folgten dem Aufruf der Schülerinnen und Schüler zur Demonstration 1.000 Menschen. Aus diesem Projekt hat Matthias Flüß einen Workshop für interessierte Schulen entwickelt, in dem die Schülerinnen und Schüler anhand eines Methodenkoffers erlernen, ihre eigene Demonstration zu organisieren und zu planen. Sie erleben, wie Unterricht den Klassenraum verlässt und wie ihre Grundrechte aktiv wahrgenommen werden. Dabei geht es nicht darum, sich Fachwissen anzueignen, sondern um das Verständnis, warum das Versammlungsrecht für unsere Gesellschaft wichtig ist. Das Projekt vermittelt den Schülerinnen und Schülern Selbstwirksamkeit und Demokratieverständnis.

PLANSPIELE, ESCAPE-ROOMS UND MITMACH-AUSSTELLUNGEN BRINGEN JUNGEN MENSCHEN PARTIZIPATION NÄHER

POLITIK ZUM ANFASSEN E. V., ISERNHAGEN, NIEDERSACHSEN

Der Verein Politik zum Anfassen e. V. setzt sich seit 2006 für Demokratie und Beteiligung ein und versteht sich als Event-Agentur für Wissen und positive Demokratie-Erfahrungen. Mit zahlreichen Projekten erreicht der Verein schulformübergreifend bundesweit fast 10.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr und beteiligt sich darüber hinaus in weiteren Bereichen wie Kultur, Journalismus oder Stadtentwicklung, in denen Beteiligung nicht für alle jungen Menschen selbstverständlich ist. Mit dem Planspiel „Pimp

Foto/ Politik zum Anfassen e. V.



Your Town!“ schlüpfen Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen beispielsweise für drei Tage in die Rolle von Kommunalpolitikerinnen und -politikern und werden dabei von den echten Politikerinnen und Politikern unterstützt, die die Anträge der Schülerinnen und Schüler am Ende den politischen Gremien vorlegen. So konnten schon über 1.000 Ideen von Schülerinnen und Schülern, wie überdachte Spielplätze oder Jugend-Fahrkarten, umgesetzt werden. Auch für Grundschulen und Kindertagesstätten bietet der Verein Planspiele zur Kommunalpolitik an. Darüber hinaus stellt der Verein einen mobilen Rathaus-Escape-Room zur Verfügung, in welchem Interessierte spielerisch die Kommunalpolitik kennenlernen, und bietet für Volksfeste den WahlFUN_Stand an, um sie auf unkomplizierte Weise dazu anzuregen, sich mit politischen Themen zu beschäftigen.

Weitere Informationen unter:

www.politikzumanfassen.de/projekte/

BÜRGERBÜNDNIS ENGAGIERT SICH GEGEN MENSCHENFEINDLICHE IDEOLOGIEN, RASSISMUS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND INTOLERANZ

BÜRGERBÜNDNIS „MUT MACHEN – STEELE BLEIBT BUNT“, ESSEN

Das Bürgerbündnis „Mut machen – Steele bleibt bunt“ wendet sich aktiv gegen alle Umtriebe rechtsorientierter und neurechter Gruppen und hat sich zum Ziel gemacht, alle Tendenzen menschenfeindlicher Ideologien, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in Essen-Steele nachhaltig zu bekämpfen. Gegründet wurde das Bündnis im Sommer 2018 als Reaktion auf die wöchentlich stattfindenden Aufmärsche der sogenannten Steeler Jungs, einer bürgerwehrähnlichen rechtsextremistischen und gewaltbereiten Gruppierung. Seitdem plant und führt das Bündnis gewaltfreie Demonstrationen und Kundgebungen durch, organisiert kulturelle Veranstaltungen wie Theaterabende oder Konzerte, Diskussionsrunden mit Politikerinnen und Politikern anlässlich von Wahlen, Vorträge und Lesungen zum Thema Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung und erinnert regelmäßig



Foto/ Bürgerbündnis „Mut machen – Steele bleibt bunt“

an die Verbrechen des Nationalsozialismus. 2023 wurde das Bündnis mit dem deutschen Engagement-Preis in der Kategorie „Demokratie stärken“ ausgezeichnet.

NETZWERK SETZT SICH FÜR BESSERE GESTALTUNG VON PARTIZIPATION EIN

BIELEFELDER NETZWERK BÜRGER:INNEN-BETEILIGUNG, BIELEFELD

Das Bielefelder Netzwerk Bürger:innen-Beteiligung besteht seit vier Jahren und engagiert sich für eine flächendeckende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei allen größeren Projekten in der Stadtpolitik Bielefelds. Darüber hinaus fordert es die Entwicklung verbindlicher Standards von Beteiligung. Das Netzwerk hebt hervor, dass es zwar immer mehr Beteiligungsprozesse gebe, es diesen Beteiligungsprozessen jedoch an grundlegender Qualität fehle. Konsens über Veränderungen, die den Alltag vieler Menschen betreffen, könne nur mit einer qualifizierten Beteiligung erreicht werden. Daher engagiert sich das Netzwerk für die Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitenden zu Beteiligungsprozess-Managern. Das Netzwerk unterstützt Einzelpersonen, Initiativen, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Politikerinnen und Politiker, die mehr Beteiligung auf der

Basis von gegenseitigem Respekt anstreben, und bietet darüber hinaus die Reflexion von Erfahrungen aus vielen Beteiligungsprojekten, nicht nur in Bielefeld, an.

Das Netzwerk besteht aus Personen, die in zahlreichen Zusammenhängen mit Beteiligung befasst waren und sind und auch ihre beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen für die Gestaltung von Beteiligungsprozessen einsetzen. So will das Netzwerk Ideen und Methoden für wirkliche Partizipation liefern. Aktuell ist das Netzwerk Teil eines Arbeitsgremiums zur Entwicklung eines Regelwerks für Öffentlichkeitsbeteiligung der Stadt Bielefeld.

Grafik/ Bielefelder Netzwerk Bürger:innen-Beteiligung

**Bielefelder Netzwerk
Bürger:innen-Beteiligung**

WESTFÄLISCHE KUNSTSTÄTTEN

herausgegeben vom Westfälischen Heimatbund e. V.
in Verbindung mit der LWL-Denkmalpflege,
Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Die Kunstführerreihe informiert seit 1977
fachkundig und reich illustriert über ortsbild-
prägende Gebäude und einzelne Ortschaften
in Westfalen.



Mehr zu den
bisher 131 Ausgaben
finden Sie hier:



gefördert von:



MAL- UND BASTELWETTBEWERB 2023/2024 DES NORDRHEIN-WESTFÄLISCHEN LANDTAGS

GRUNDSCHULKLASSEN BEFASSEN SICH MIT „HEIMAT“

Mit dem Motto „Mein Land Nordrhein-Westfalen: Malt oder bastelt, was für Euch Heimat bedeutet“ hat der Mal- und Bastelwettbewerb 2023/2024 des nordrhein-westfälischen Landtags den Fokus auf das Thema Heimat und die damit verbundene Ausrichtung auf Demokratiebildung gelegt.

Ausgelobt hatte André Kuper, Präsident des Landtags, den Wettbewerb für alle vierten Klassen der Grundschulen in Nordrhein-Westfalen. Im Dezember 2024 wurden die Siegerinnen und Sieger des Wettbewerbs, an dem sich mehr als 130 Klassen aus über 100 Schulen aus ganz NRW beteiligten, bekannt gegeben und vom Präsidium des Landtags ausgezeichnet.

Alle teilnehmenden Klassen setzten sich intensiv mit dem Thema Heimat auseinander. Dementsprechend vielfältig waren die Arbeiten der Kinder, die teilweise aufgrund ihrer Größe und Zerbrechlichkeit persönlich im Landtag vorbeigebracht wurden.

Wo fühlen wir uns wohl? Welche Gefühle verbinden wir mit dem Begriff Heimat? Mit solchen Fragen beschäftigten sich die Klassen in ihren Kunstwerken. In den Bildern und Bastelarbeiten geht es dabei neben dem Heimatort auch um die Heimat Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen oder die Herkunftsländer von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte. Zentral waren außerdem Gedanken über Geborgenheit, Identität, Verbundenheit, Kultur, Alltag, Herkunft und Freundschaft.

Der Präsident des Landtags, André Kuper (links), mit der Sieger-Bastelararbeit (links) und der Arbeit, die Platz 2 belegt. Vizepräsidentin Berivan Aymaz hält die Arbeit in den Händen, die mit dem vierten Platz ausgezeichnet wurde, Vizepräsident Rainer Schmelzer präsentiert das drittplatzierte Bild.

Foto/ Landtag NRW/Bernd Schälte

Den ersten Platz belegt die **Froschklasse der Marktschule Ickern in Castrop-Rauxel**. Die Kinder hatten mit kleinen Nägeln eine Karte von Nordrhein-Westfalen gestaltet und diese Nägel mit Fäden verbunden. Dazu stellten sie 20 Ausflugstipps aus dem ganzen Land wie den Aachener Dom, den Ruhrpark Bochum oder die Bücherei Castrop vor. Per QR-Codes können die selbsteingesprochenen Tipps der Schülerinnen und Schüler abgerufen und angehört werden.

Der zweite Platz ging an die **GGS Nörvenich**, die auf vier zusammengehörenden quadratischen Leinwänden ihr Dorf malte mit allem, was dieses für sie besonders macht.

Mit dem dritten Platz wurde eine Collage der **Johannes-Grundschule Delbrück** mit den Sehenswürdigkeiten der Kommune ausgezeichnet, die zeigt, was alles in der Stadt Delbrück möglich ist.

Platz vier ging an den mit Heimat vollgepackten Koffer der **Hufelandschule Bochum**. In den Koffer hatten die Kinder unter anderem Rezepte ihrer Heimat, Familienbilder und „Sprache“ als Heimat gelegt.

Die Siegerinnen und Sieger erhalten Preisgelder in Höhe von insgesamt 2.150 Euro für die Klassenkassen und werden zu einem Empfang in den Landtag eingeladen. Die Siegerarbeiten sowie weitere Kunstwerke des Wettbewerbs werden zudem ab März 2024 in einer Ausstellung im Landtagsgebäude gezeigt.



STIFTUNG MITARBEIT BIETET UNBÜROKRATISCHE ANSCHUBFINANZIERUNG

„STARTHILFE“ FÜR NEUE VEREINE, INITIATIVEN UND KLEINE ORGANISATIONEN

Die Förderung der Stiftung Mitarbeit unterstützt mit ihrer Starthilfe neue lokale Initiativen, Vereine und Organisationen aus Deutschland in ihrer Anfangsphase, denen sonst keine oder nur unzureichende Fördermöglichkeiten offenstehen.

Wesentlich ist dabei, dass die förderfähigen Aktionen beispielhaft aufzeigen, wie Zusammenschlüsse von freiwillig engagierten Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mitbestimmen und mitgestalten können. Die Starthilfeförderung will auf diese Weise Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben in Deutschland aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Gefördert werden Vorhaben in den Bereichen Soziales, Politik, Bildung (jenseits von Schule), Kultur und Umwelt, mit geringen eigenen finanziellen Ressourcen, die auf freiwilligem und ideellem Engagement beruhen.

Die Projekte können unter anderem Ziele verfolgen, die gesellschaftliche Konflikte auf demokratischem Wege lösen, die persönliche Eigeninitiative und Handlungskompetenz stärken oder die Vorurteile gegen Minderheiten abbauen und die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ermöglichen.

Dabei steht die Förderung von Aktionen und Initiativen im kommunalen Raum im Vordergrund.

Die Stiftung Mitarbeit fördert im Durchschnitt 50 junge bürgerschaftliche Initiativen und Vereine pro Jahr mit einer finanziellen Starthilfe.

Die formlos und unbürokratisch vergebenen Mikro-Förderungen sind in vielen Fällen ein wichtiger Anstoß und eine Ermutigung, selbst aktiv zu werden und sich einzumischen.



**Stiftung
Mitarbeit**

Der Bedarf an finanzieller Unterstützung gerade in der Startphase einer Initiative oder eines jungen Vereins ist groß. Es gibt derzeit nur wenig vergleichbare Programme mit Mikro-Förderungen. Für viele der geförderten Gruppen ist die Starthilfeförderung ein Signal, mit ihren Aktivitäten weiter zu machen.

Grafik/ Stiftung Mitarbeit

INFO

Ein und dieselbe Aktion/Initiative kann in der Regel nur einmal mit einem **Betrag von bis zu 500 Euro** gefördert werden.

Die Förderung versteht sich als Anschubfinanzierung.

Förderfähig sind Ausgaben für Sachmittel für die Öffentlichkeitsarbeit, Initiativen- und Vereinsorganisation (etwa Ausstattungsgegenstände, Büro-, Verbrauchs- und Moderationsmaterial) sowie Sachmittel für erste Aktivitäten.

Antragstellung:

Förderanträge sind bis zum 26. Februar, 24. Juni und 7. Oktober 2024 zu stellen. Über die Bewilligung entscheidet ein Gremium der Stiftung Mitarbeit mehrmals im Jahr.

Ausführliche Informationen zur Antragstellung und zum Programm unter:

www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/starthilfefoerderung/

Kontakt:

Stiftung Mitarbeit

Am Kurpark 6 · 53177 Bonn

Ansprechperson: Corinna Asendorf

0228 6042427 · starthilfe@mitarbeit.de



Grafik/ Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus (abgerufen am: 4. Januar 2024, unter: www.theodor-heuss-haus.de/bildung-vermittlung/100-koepfe-der-demokratie)



PROJEKT „100 KÖPFE DER DEMOKRATIE“ FÜR GESCHICHTSVERMITTLUNG UND DEMOKRATIEBILDUNG

STIFTUNG BUNDESPRÄSIDENT-THEODOR-HEUSS-HAUS FÖRDERT VERANSTALTUNGEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN MIT BIS ZU 500 EURO

Das Projekt „100 Köpfe der Demokratie“ der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus zeigt anhand der Lebensläufe von zahlreichen Demokratinnen und Demokraten aus unterschiedlichen Regionen, Klassen, Schichten und Milieus die große Bandbreite demokratischen Handelns und Wirkens in den letzten zwei Jahrhunderten auf.

Neben einer digitalen Plattform mit ausführlichen Informationen zur dynamischen Liste der „100 Köpfe der Demokratie“, die immer wieder neu besetzt und auf diese Weise erweitert wird, bringt die Stiftung seit 2021 erfolgreich gemeinsam mit Kooperationspartnern bundesweit Veranstaltungen zu einzelnen demokratischen Persönlichkeiten dieser Liste auf den Weg. Die Stiftung berät bei der Konzeption und Umsetzung solcher Veranstaltungen und vermittelt Kontakte zu Expertinnen und Experten.

Auch im Jahr 2024 bietet die Stiftung daher für Personen, Vereine und Institutionen in ländlichen Räumen Deutschlands ein Zusatzprogramm an. Sie beteiligt sich mit bis zu 500 Euro an der Finanzierung von Veranstaltungen zu einem der „100 Köpfe“, sofern die Veranstaltung in einem Ort, einer Region oder einer Gemeinde mit bis zu 15.000 Einwohnern stattfindet.

Die Mittel können vielseitig genutzt werden, zum Beispiel zur Bewerbung der Veranstaltung, zur Einladung von Expertinnen und Referenten oder zur Miete des Veranstaltungsortes.

Für Lehrerinnen und Lehrer stehen auf der digitalen Plattform außerdem didaktische Materialien für den Unterricht zur Verfügung. Darüber hinaus bietet die Stiftung auch für Veranstaltungen in Schulen zu den „100 Köpfen“ eine Förderung mit bis zu 300 Euro an, für Projektwochen ist eine finanzielle Unterstützung mit bis zu 500 Euro möglich.

INFO

Weitere Informationen zum Projekt und eine Übersicht der „100 Köpfe“ sind zu finden unter: www.demokratiegeschichte.de/koepfe/

Die **Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus** betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung zu den historischen Grundlagen der Demokratie in Deutschland. Sie erinnert zudem an Theodor Heuss, der das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland maßgeblich mitgestaltet und als erster Bundespräsident nach dem Zweiten Weltkrieg im In- und Ausland erfolgreich für die junge Demokratie geworben hat. Die Stiftung wurde 1994 durch den Deutschen Bundestag als eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts gegründet und 1996 eröffnet.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
100koepfe@stiftung-heuss-haus.de

Europa-Schecks

Eine Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen

NRW-LANDESINITIATIVE EUROPA-SHECKS GESTARTET – FÖRDERUNG LEBENDIGER DEMOKRATIE

Grafik/ ©Land NRW

Das Land NRW unterstützt mit der neuen Initiative „Europa-Schecks“ mit insgesamt einer Million Euro kleinere und größere Projekte europäischen Engagements, die sich in vielfältiger Weise für die europäischen Werte einsetzen, den Menschen die unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie näherbringen und sich zivilgesellschaftlich für Europa in Nordrhein-Westfalen stark machen.

Akteurinnen und Akteure wie Vereine, Kommunen, Schulen, Hochschulen, außerschulische Einrichtungen und Institutionen in NRW sollen ermutigt werden, sich für und mit Menschen aus Nordrhein-Westfalen zu engagieren – sowohl lokal als auch grenzüberschreitend. Dafür kann eine finanzielle Unterstützung von bis zu 25.000 Euro für Projekte beantragt werden.

Ob in Form einer Podiumsdiskussion, eines Social-Media-Projekts, ob als Ausstellung, Theaterstück oder als grenzüberschreitende Begegnung – die Europa-Schecks sollen die Vielseitigkeit des europäischen Engagements anerkennen und stärken. Es werden Projekte unterstützt, die mindestens zwei der folgenden Kriterien berücksichtigen, die ihre Wirkung in Nordrhein-Westfalen entfalten müssen:

- Frieden, Freiheit, Teilhabe, gesellschaftlichen Zusammenhalt und grenzüberschreitende Verständigung in Europa fördern,
- den Europagedanken und seine Werte öffentlichkeitswirksam vermitteln,
- zur Akzeptanz der Vielfalt und Diversität in Europa beitragen,

- Rechtstaatlichkeit und Demokratie in Europa stärken,
- Städtepartnerschaften mit Ländern des Europarates pflegen oder neu aufbauen,
- wechselseitige grenzüberschreitende Begegnungen in beziehungsweise mit den Ländern des Europarates organisieren,
- mit neuen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern aus den Ländern des Europarates zusammenarbeiten,
- einen Beitrag zur Fachkräftegewinnung und zur (klimaneutralen) Transformation in den Ländern des Europarates leisten,
- eine große Reichweite erzielen und vielen Menschen den Mehrwert von Europa aufzeigen.

Damit die Landesinitiative vielen Akteurinnen und Akteuren offensteht, ist die digitale Antragstellung niedrigschwellig und unbürokratisch gestaltet.

Zudem wird für die „Europa-Schecks“ kein finanzieller Eigenanteil benötigt, sodass auch kleinere Strukturen zu einer Bewerbung ermutigt werden.

INFO

Ab 2024 ist die Antragstellung nun jeweils zum 1. eines ungeraden Monats möglich und muss mindestens drei Monate vor dem geplanten Start des Vorhabens erfolgen. Weitere Informationen zu Teilnahmebedingungen, Erläuterungen zur Antragstellung sowie die Möglichkeit zur Online-Bewerbung unter: mbeim.nrw/europa-schecks

AKTIONSGRUPPENPROGRAMM (AGP)



AUCH 2024 BIS ZU 2.000 EURO FÜR ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Grafik/ Engagement Global

Mit einer Fördersumme von bis zu 2.000 Euro unterstützt das Aktionsgruppenprogramm (AGP) auch im Jahr 2024 bundesweit kleine Projekte der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Das Programm richtet sich an Engagierte, die ihr Wissen über globale Zusammenhänge zum Beispiel durch Informationsveranstaltungen, Tagungen, Seminare oder Workshops vertiefen und weitervermitteln möchten.

Das Aktionsgruppenprogramm (AGP) unterstützt unter anderem Vereine, Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten und deren Fördervereine, Berufskollegs, Hochschulen so wie gemeinnützige Akteure, die sich mit entwicklungspolitischen Themen beschäftigen.

Die Bandbreite umfasst allgemeine entwicklungspolitische Schwerpunkte sowie etwa Themen der Einen Welt, Fairen Handel, Fluchtursachen, Friedenspolitik, Menschenrechte, Umwelt sowie Arbeits- und Lebensbedingungen im Globalen Süden.

Gefördert wurde in der Vergangenheit beispielsweise eine Projektwoche zum Thema Kokosnuss des DRK Ortsvereins Gronau und Epe e. V., in der Kinder in Bastelworkshops und Kochaktionen praxisorientiert und spielerisch anhand der Arbeitshilfe „Die 1.000 Nutzen der Kokospalme“ an die philippinische Kultur- und Lebenswirklichkeit und den Kokossektor sowie an Fragen der Entwicklungs- und Umweltpolitik herangeführt wurden.

Ein weiteres Beispiel ist ein Projekttag des Arbeitskreises Eine Welt e. V. Werne zum Thema „Hunger ist keine Frage des Mangels“, an dem die Teilnehmenden von einer externen Referentin lernten, wie die Lebensweise und die Handelsbeziehungen des Globalen Nordens zu Phänomenen wie Hunger, Dürre und Flucht in anderen Teilen der Welt beitragen.

Schülerinnen und Schüler des Beruflichen Gymnasiums Wirtschaft und Verwaltung in Höxter erarbeiteten während eines Schultages in einem Planspiel Lösungsansätze für systemisch gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweisen und verglichen diese mit konventionellen Wirtschaftsweisen in der Schokoladenherstellung, unter denen Kleinbäuerinnen und -bauern im Globalen Süden häufig leiden.

Voraussetzung für eine Förderung durch das AGP ist, dass entwicklungspolitische Zusammenhänge im Fokus der Maßnahme stehen. Die Antragstellung ist fortlaufend möglich und sollte sechs Wochen vor Projektbeginn erfolgen. Fördermittel können von demselben Träger bis zu zweimal im Jahr beantragt werden, sofern die Projekte voneinander unabhängig sind. Die Förderung beträgt bis zu 75 Prozent (90 Prozent für Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten) der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, wobei sich die maximale Fördersumme auf 2.000 Euro beläuft.

INFO

Die Mittel aus dem Aktionsgruppenprogramm (AGP) werden koordiniert von **Engagement Global gGmbH – Service für Entwicklungsinitiativen**, welche im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig ist.

Weitere Informationen unter: www.engagement-global.de/agp-aktionsgruppenprogramm.html

Anträge für eine Förderung durch das Aktionsgruppenprogramm müssen über die Förderprojektsoftware eingereicht werden: foerderung.engagement-global.de/

KONTAKT

agp@engagement-global.de
AGP Hotline: 0228 20717-2292

STIFTUNG MITARBEIT (HRSG.) JUGENDBETEILIGUNG VOR ORT. SELBSTWIRKSAMKEIT UND EMPOWERMENT JUNGER MENSCHEN

Jugendbeteiligung vor Ort. Selbstwirksamkeit und Empowerment junger Menschen.
Hrsg. von der Stiftung Mitarbeit.
Bonn 2021 (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten; 31). 180 S.,
ISBN 978-3-941143-44-9, 12,00 €.

Die Bereitschaft zur politischen Teilhabe braucht nicht erst im Erwachsenenalter geweckt zu werden. Viele junge Menschen möchten mitreden, wenn es vor Ort um ihre Belange geht. Gelegenheiten dafür zu schaffen, bedeutet eine Chance für alle: Kinder und Jugendliche lernen demokratische Abläufe und Verhaltensweisen kennen und erwerben soziale



und politische Kompetenzen; politisch verantwortliche Erwachsene erfahren mehr über die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen und können ihre Entscheidungen besser danach ausrichten.

Doch wie lassen sich politische Bildung, Beteiligung und Dialog lebensweltlich miteinander verknüpfen? Wie gelingt das Empowerment junger Menschen, wo können sie Selbstwirksamkeit erfahren – und wie lassen sich diese Prozesse gemeinwohlorientiert nutzen?

Die Autorinnen und Autoren zeigen aus unterschiedlichen Perspektiven, wie kommunale Handlungsansätze in der Jugendbeteiligung praktisch umgesetzt werden können.

STIFTUNG MITARBEIT (HRSG.) BÜRGERBETEILIGUNG IN DER PRAXIS. EIN METHODENHANDBUCH

Bürgerbeteiligung in der Praxis.
Ein Methodenhandbuch.
Hrsg. von der Stiftung Mitarbeit.
Bonn 2018 (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen; 52). 320 S.,
ISBN 978-3-941143-36-4, 17,00 €.

Bürgerbeteiligung ist keine Zauberei, sondern ein Handwerk, das sich lernen lässt. Zu diesem Handwerk gehört auch das Wissen um die Methoden, Verfahren und Anwendungsbereiche dialogorientierter Bürgerbeteiligung.

In diesem Sinne möchte diese Publikation einen Beitrag dazu leisten, allen am Thema interessierten Menschen beim persönlichen Kompetenzaufbau zu helfen. Sie richtet sich an Personen aus der



Praxis und Verantwortliche aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Von Aktivierender Befragung bis Zukunftskonferenz: Die rund 60 Autorinnen und Autoren stellen insgesamt

etwa dreißig erprobte und der (Fach-)Öffentlichkeit geläufige Methoden und Verfahren der Bürgerbeteiligung ebenso vor wie noch weniger bekannte Formate und Anwendungen. Auf mehr als dreihundert Seiten unternimmt die Publikation einen sachkundigen und erfahrungsbasierten Streifzug durch die Welt der dialogischen Bürgerbeteiligung und Demokratie.

Die Publikation bietet den Leserinnen und Lesern eine Mischung aus handlungsorientiertem Grundlagenwissen und leicht zu lesendem Methodenkompendium. Das Ganze wird durch viele Praxisbeispiele gerahmt.

WESTFÄLISCHER WORTSCHATZ

In der Reihe **Westfälischer Wortschatz** wird die Vielfalt des niederdeutschen Wortschatzes thematisiert. Die Rubrik entsteht in Zusammenarbeit mit der Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens.

Grafik/ Kommission für Mundart- und Namenforschung Westfalens
Kartografie: Dirk Frerichmann



KUSINE

Die deutschen Verwandtschaftsbezeichnungen sind ein spannendes Thema. Während die Bezeichnungen für die Kernfamilie (Vater, Mutter, Bruder, Schwester, Sohn, Tochter) über Jahrhunderte unverändert geblieben sind, haben sich die Wörter für die weitere Verwandtschaft grundlegend gewandelt. Dies gilt auch für die Mundarten. Hier ist es so, dass die Bezeichnungen der weiteren Verwandtschaft durch starke räumliche Vielfalt gekennzeichnet sind. Dies zeigt sich auch bei der Kusine.

Im frühen Mittelalter hatte man keine spezifischen Bezeichnungen für die Onkel- und Tantenkinder. Später wurde das weibliche Kind von Onkel und Tante vor allem *Base/Wäse* genannt. Das Wort hatte ursprünglich die Bedeutung „Tante“. Innerhalb von Westfalen-Lippe lässt sich im nördlichen Ostwestfalen ein Gebiet ausmachen, wo *Base* oder *Wäske* zur Kusine gesagt wird. Das männliche Kind von Onkel und Tante wurde größ-

tenteils *Vedder* genannt. Auch dieses Wort ist eine Generation „nach unten gewandert“, denn es bedeutete ursprünglich „Onkel“. In den westfälischen Mundarten ist verstreut, vor allem aber um Olpe, die weibliche Ableitung *Veddersche* (also etwa „Vetterin“) in der Bedeutung „Kusine“ gebräuchlich.

Das Wort *Nichte* verwenden wir in der Standardsprache für eine Tochter eines Bruders oder einer Schwester. Dieses Wort stammt aus dem Niederdeutschen, wo es früher auch „Enkelin“ oder allgemein „weibliche Verwandte“ bedeuten konnte. Im Westteil unseres Gebietes ist es die vorherrschende Bezeichnung für „Kusine“ geworden.

Das Wort *Kusine* stammt wie *Cousin*, *Onkel* und *Tante* aus dem Französischen, ist aber wahrscheinlich über das Hochdeutsche nach Westfalen gelangt.

Markus Denkler

Herausgeber:
Westfälischer Heimatbund
Kaiser-Wilhelm-Ring 3
48145 Münster
ISSN 2569-2178



**Verwirrende
Zeiten brauchen
klare Finanzen.**

**Behalten Sie Ihre
finanziellen Ziele im
Blick. Wir unterstützen
Sie dabei.**



Mehr auf
[sparkasse.de/
mehr-als-geld](https://sparkasse.de/mehr-als-geld)

Weil's um mehr als Geld geht.

